

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

04
2018

SEPTEMBER 2018
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

JULIA KLÖCKNER IM INTERVIEW

**„Man sollte den Verbrauchern
nicht alles vorschreiben“**

DISKUSSION ÜBER EU-AGRARSUBVENTIONEN

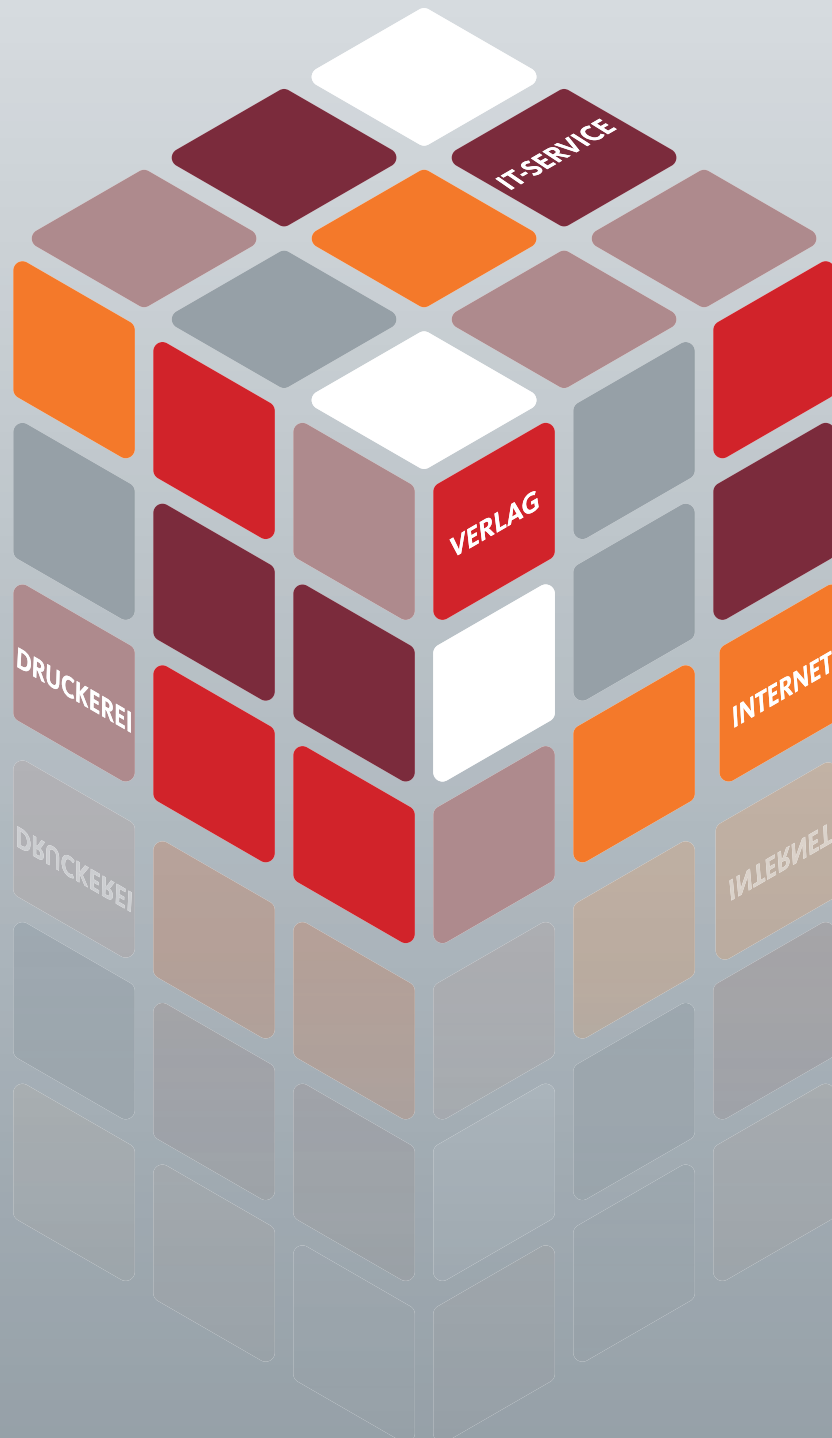
Zukunft der Landwirtschaft

CDU-GRUNDSATZPROGRAMM

**Diese MIT-Punkte
müssen rein**



WIR ZAUBERN LÖSUNGEN.



Wirtschaft braucht gesellschaftlichen Zusammenhalt

*Liebe Lesenden
und Les,*

in einem gewichtigen Punkt unterscheiden wir uns als MIT von manchem Wirtschafts- und Arbeitgeberverband. Wir verstehen uns in erster Linie nicht als Lobbyist der „Wirtschaft“, sondern als Interessenvertretung für die Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Zum Kern dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gehört das Prinzip, wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung in Einklang zu bringen. Es war eine der großen Botschaften Ludwig Erhards, dass das Allgemeinwohl mehr ist als die Summe aller Partikularinteressen und die Soziale Marktwirtschaft auf einen Gemeinsinn angewiesen ist. Mit anderen Worten: Unsere politischen Vorstellungen sollten sich nicht an kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Aspekten orientieren, sondern müssen immer auch die langfristigen gesellschaftlichen Folgen mitbedenken.

Zwei aktuelle Beispiele: Im Zusammenhang mit dem geplanten Fachkräftezuwanderungsgesetz – das wir dringend brauchen – wird diskutiert, ob dieses auch abgelehnten Asylbewerbern Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen soll. Auf den ersten Blick scheint das sinnvoll: Komplexe Abschiebungen ließen sich vermeiden und die Unternehmen behielten dringend benötigte Arbeitnehmer. Doch von einem solchen „Spurwechsel“ zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht ginge ein gefährlicher Fehlanreiz aus. Bei potenziellen Migrant*innen käme die Botschaft an: Man muss es nur über die deutsche Grenze schaffen, dann wird sich schon ein Jobangebot und damit ein Bleiberecht ergattern lassen. So ginge aber nicht nur jede Steuerung und Begrenzung von Migration verloren. Wenn illegale Einwanderung im Handumdrehen legalisiert würde, wäre das ebenso verheerend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

Um diesen gesellschaftlichen Aspekt kreist auch die zweite Debatte. Wann immer ich bei meinen Besuchen



und Vorträgen im Land auf Unternehmer treffe, höre ich: Die meisten jungen Menschen brächten viel Fachwissen mit, oftmals fehle es jedoch an der sozialen Kompetenz. Deshalb habe ich gemeinsam mit anderen in der Union eine Debatte um gesellschaftliches Engagement und Sozialkompetenz junger Schulabgänger angestoßen. Ich persönlich halte viel von einem „Gesellschaftsjahr“ für junge Männer und Frauen. Jeder Schulabgänger soll dann selbst entscheiden, ob er dieses einer sozialen Einrichtung, im Ausland, bei der Feuerwehr oder in der Bundeswehr absolvieren möchte. Wir werden uns in der MIT in naher Zukunft mit konkreten Umsetzungsvorschlägen zu Wort melden. Ich bin davon überzeugt: In einer Welt, die immer individueller, digitalisierter und globaler wird, kommt es auf Eigenschaften wie Teamfähigkeit, Respekt, ja auf grundlegende Regeln für das gemeinsame Zusammenleben mehr denn je an. Daran hat auch die Wirtschaft ein ureigenes, langfristiges Interesse.

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender



Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

Redaktion:

Katharina-Luise Kittler
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Rudolf Ley
Projektleitung: Andreas Oberholz

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

dpa

Druckauflage

3. Quartal/2018:

26.000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0202 3178693
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

13

MIT:EDITORIAL Wirtschaft braucht gesellschaftlichen Zusammenhalt

von Carsten Linnemann

3

MIT:KOLUMNE Lasst Fachkräfte zu uns kommen!

von Hugo Müller-Vogg

8

Zusammen mit der Wirtschaft sollte die Regierung klar festlegen, in welchen Bereichen wir Fachkräfte suchen und wer nach Deutschland kommen darf.

MIT:THEMA

Zukunft der Arbeit

Auf Führungskräfte warten große Herausforderungen

Durch die Digitalisierung und den Fachkräftemangel haben Nachwuchskräfte immer mehr Anforderungen an ihre Arbeitgeber. Darauf müssen Unternehmen reagieren.

10

MIT:TITEL

Gemeinsame Europäische Agrarpolitik EU-Subventionen: Weniger für mehr?

Die EU plant, den Landwirten Direktzahlungen zu kürzen und sie mit weiteren bürokratischen Regelungen zu belasten. Kritik kommt vor allem aus dem Mittelstand.

13

Neues CDU-Grundsatzprogramm Diese MIT-Punkte müssen rein

Kernpunkte der Sozialen Marktwirtschaft sollen sich auch im neuen Grundsatzprogramm der CDU wiederfinden.

25



25



Foto: dpa, Laurence Chaperon



MIT:INTERVIEW

Interview mit Julia Klöckner

„Man sollte den Verbrauchern nicht alles vorschreiben“

17

Die Bundeslandwirtschaftsministerin über NGOs, Zuckerverbote und die Digitalisierung der Landwirtschaft.

MIT:ERKLÄRT

Reform der Grundsteuer

Wird es teurer für alle?

22

Die Grundsteuer soll neu berechnet werden. Dabei kann es Gewinner und Verlierer geben.

MIT:FAKTEN

6, 9

In Österreich gibt es jetzt flexible Arbeitszeiten, Minister Heil plant ein „Sonnen-schutz-Gesetz“ und Großraumbüros können die Kommunikation beeinträchtigen.

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Sollte sich die Bundesregierung für ein gemeinsames Eurozonen-Budget einsetzen?

28

Uwe Feiler und Markus Ferber debattieren.

MIT:SERVICE

Autotest

Ford Tourneo Connect

30

MIT:INSIDE

Neumitglieder

31

EU-Check

32

Mitgliederstatistik

35





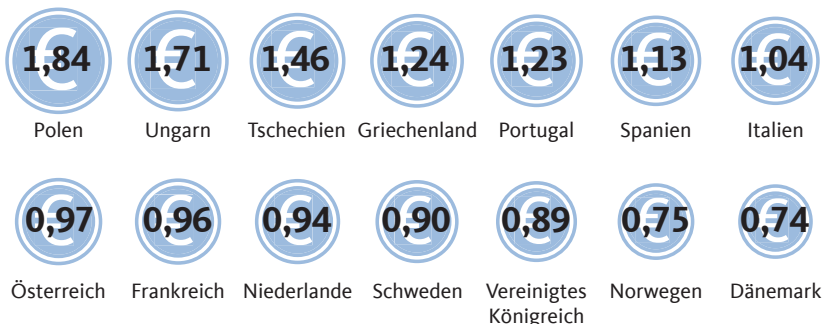
Heil plant Sonnenschutz-Zwangsvorsorge

Wer viel in der Sonne arbeitet, sollte sich schützen. Das dürfte bekannt sein. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil traut dieses Allgemeinwissen den Arbeitnehmern nicht zu und will ein verpflichtendes Hautscreening einführen. Nach den Plänen von SPD-Minister Heil soll die Vorsorgepflicht für alle Arbeitnehmer gelten, die von Mai bis September täglich mehr als drei Stunden im Freien arbeiten. Betroffen wären schätzungsweise drei Millionen Arbeitnehmer, ob im Bau, in der Gastronomie oder Landwirtschaft. „Die bürokratische und wirtschaftliche Belastung für die Betriebe durch die Neuregelung wäre enorm“, kritisiert Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe, die Pläne. Arbeitgeber müssten dann nicht nur die Vorsorgetermine organisieren, sondern auch die Kosten für die Pflichtuntersuchung tragen, so das MIT-Mitglied. Ohne Untersuchung droht ein Beschäftigungsverbot. Die Untersuchungen sollen nur bei Betriebsärzten oder Arbeitsmedizinern durchgeführt werden, nicht bei allen Haus- oder Hautärzten.

Urlaub: Wo ist die Kaufkraft am besten?

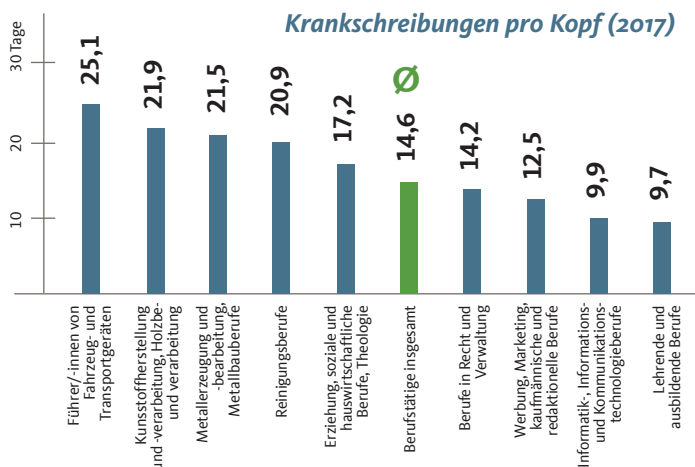
Ein Euro ist immer ein Euro – das stimmt nur bedingt. Je nach Land ist die Kaufkraft des Geldes unterschiedlich. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat genauer hingeschaut. Wer in Europa am meisten für sein Geld bekommen möchte, sollte demnach seinen Urlaub in Polen, Ungarn oder Tschechien verbringen. Wer dagegen beispielsweise nach Skandinavien, Frankreich oder Österreich reist, muss tiefer in die Tasche greifen als in Deutschland. Besonders schlecht soll nach Angaben des Kölner Instituts das Preis-Leistungsverhältnis in der Schweiz sein: Die Kaufkraft des Euro beträgt bei den Eidgenossen nur 71 Cent.

Urlaubskasse: Wo das Preis-Leistungs-Verhältnis lockt



Stand: April 2018; Quelle: OECD
© 2018 IW Medien/iwd

So oft sind Beschäftigte in Deutschland krank

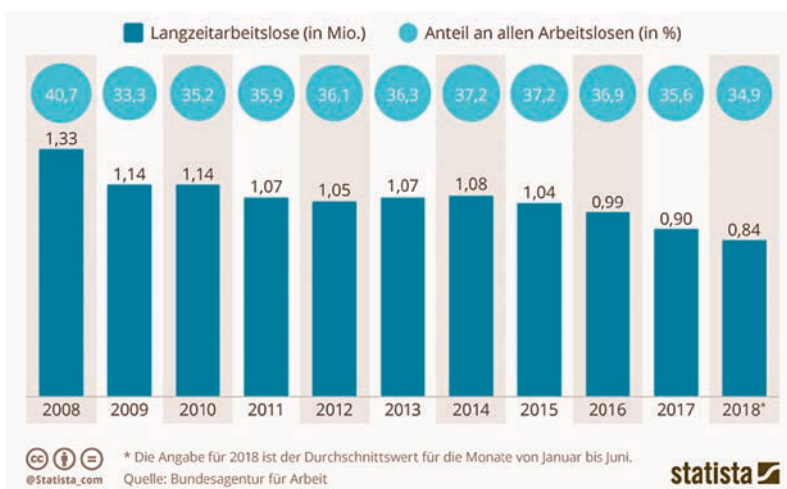


2017 haben Beschäftigte in Deutschland im Schnitt 14,6 Tage wegen einer Krankschreibung am Arbeitsplatz gefehlt. Das hat die Techniker Krankenkasse ermittelt. Schaut man sich die einzelnen Berufsfelder an, so stellt man einige Unterschiede fest: Führer von Fahrzeug- und Transportgeräten (zum Beispiel Bus- oder Lkw-Fahrer) sind mit 25 Fehltagen am häufigsten krank. Auch Beschäftigte in der Metallverarbeitung sind vergleichsweise häufig krank. Mit neun Fehltagen liegen beispielsweise Informatiker und Beschäftigte in der Informationstechnik unter dem deutschen Durchschnitt.

Kritik am Teilhabechancengesetz

In Deutschland gibt es immer weniger Langzeitarbeitslose. Wie die Grafik von Statista zeigt, ist die Zahl der Menschen, die ein Jahr oder länger arbeitslos gemeldet sind, in den vergangenen zehn Jahren um rund 0,5 Millionen zurückgegangen. Der Anteil Langzeitarbeitsloser an der gesamten Arbeitslosenzahl liegt aktuell bei rund 35 Prozent. Damit Langzeitarbeitslose den Sprung in den Arbeitsmarkt schaffen, hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil das Teilhabechancengesetz vorgelegt, das einen Lohnkostenzuschuss von bis zu fünf Jahren vorschlägt. MIT-Bundenvorsitzender Carsten Linnemann kritisiert das Gesetz: „Wer nach zwei Jahren den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt nicht schafft, der schafft ihn auch nicht nach fünf Jahren.“ Mit dem Gesetz schieße man über das Ziel hinaus, so der Unionsfraktionsvize.

Anzahl der Langzeitarbeitslosen und Anteil an allen Arbeitslosen in Deutschland



Österreich beschließt flexible Arbeitszeiten

Ab dem 1. September tritt in Österreich ein neues Arbeitszeitgesetz in Kraft, das für eine moderne und flexible Arbeitswelt stehen soll. Das Gesetz erhöht die maximal mögliche Arbeitszeit auf zwölf Stunden pro Tag, die Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden. Dadurch sollen Unternehmen besser mit hohen Auftragswellen umgehen können. Auch in der Tourismus-Branche steht eine Veränderung an: Die Ruhezeit wird von elf auf acht Stunden bei geteilten Diensten gekürzt. Beschäftigungen am Wochenende oder an Feiertagen ermöglicht das neue Gesetz ebenso, für das sich der Österreichische Wirtschaftsbund, die Partnervereinigung der MIT in Österreich, seit langem eingesetzt hat.

Kommunikations-Killer Großraumbüro

Viele Unternehmen überlegen, ihre Mitarbeiter in einer offenen Büro-Architektur arbeiten zu lassen. Das scheint keine gute Idee zu sein. Die Harvard-Wissenschaftler Ethan Bernstein und Stephen Turban veröffentlichten eine Untersuchung zu Großraumbüros mit folgendem Ergebnis: Entgegen der landläufigen Meinung nahm das Volumen der Interaktionen von Angesicht zu Angesicht deutlich ab (um etwa 70 Prozent), während der Anteil an elektronischer Kommunikation entsprechend anstieg. Ihr Fazit: Großraumbüros fördern keineswegs den gegenseitig befruchtenden direkten Austausch im persönlichen Gespräch. Vielmehr zögen sich Mitarbeiter von ihren Kollegen zurück und nutzten lieber E-Mail oder Instant Messaging, so die Wissenschaftler.

„Angezählt“

3,1
Mio.



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) gibt es in Deutschland rund 3,1 Millionen Elektrofahrräder (2014: 1,6 Millionen). Zum Jahresanfang 2017 besaßen 2,3 Millionen Haushalte in Deutschland mindestens ein Elektrofahrrad. Dies entspricht einem Anteil von 6,1 Prozent aller Haushalte. Wie Destatis weiter mitteilt, hat sich damit die Anzahl der Privathaushalte mit motorisierten Fahrrädern in den letzten drei Jahren nahezu verdoppelt. 2014 hatte es noch in 1,2 Millionen Haushalten Elektrofahrräder gegeben (3,4 Prozent aller Haushalte).

Lasst Fachkräfte zu uns kommen!

Von Hugo Müller-Vogg

Deutschland ist für Zuwanderer ein begehrtes Ziel. Dennoch sind wir kein „richtiges“ Einwanderungsland. Die Bundesrepublik wirbt nämlich nur sehr verhalten um Menschen aus anderen Ländern, die hier die wachsende Zahl offener Stellen auffüllen könnten. Stattdessen nehmen wir mehr oder weniger alle, die zu uns kommen – ganz gleich, ob sie Schutz vor Verfolgung und Krieg suchen, ob sie sich durch unser Sozialsystem angezogen fühlen, oder ob sie hier arbeiten wollen.

Der für Deutschland positive „Wanderungssaldo“ lag 2017 bei mindestens 450 000 Menschen. Aber es kamen unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsmarkts häufig nicht die richtigen. Denn die Hoffnung, mit dem Zustrom von Flüchtlingen kämen zugleich die dringend gesuchten Ärzte, IT-Spezialisten, Elektroniker und Pflegekräfte, hat sich schnell als weltfremd entpuppt. Unter den Geflüchteten gibt es zweifellos auch gut ausgebildete, qualifizierte und leistungsfähige Männer und Frauen; aber sie sind nur eine Minderheit.

Trotz der Zuwanderung der vergangenen Jahre werden händeringend Arbeitskräfte gesucht. Schon heute nennen sechs von zehn Betrieben das Fehlen von Fachkräften als größte Gefahr für das eigene Wachstum. Aus eigener Kraft kann diese Lücke angesichts unserer alternden Gesellschaft jedoch nicht geschlossen werden. Im vergangenen Jahrzehnt hat die Wirtschaft ihre Nachfrage nach Arbeits-



Hugo Müller-Vogg ist freier Journalist und Buchautor. Von 1988 bis 2001 war er Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. [Twitter.com/Hugo-MuellerVogg](https://twitter.com/Hugo-MuellerVogg)

kräften in hohem Maße durch Zuwanderung aus EU-Ländern gedeckt. Dabei hat Deutschland auch von der schlechten wirtschaftlichen Lage in diesen Staaten profitiert. Sobald sich aber die wirtschaftliche Situation in anderen Teilen Europas verbessert, dürfte der Zuzug von dort ausbleiben.

Es ist also richtig, dass die Partner in der Großen Koalition ein Fachkräftezuwanderungsgesetz verabschieden wollen. Genau genommen gibt es ein solches Gesetz schon: das „Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union“ von 2012, besser bekannt als „Blue Card“. Es ist ein ausgesprochen liberales Einwanderungsinstrument, garantiert den Zugewanderten nach spätestens 33 Monaten ein dauerhaftes Bleiberecht und macht ihnen den

Familiennachzug leicht. Es hat nur einen Haken: Die „Blue Card“ gibt es nur für ausländische Hochschulabsolventen mit einem Jahreseinkommen von brutto mindestens 52.000 Euro. In naturwissenschaftlichen und medizinischen Mangelberufen reicht auch eine Gehaltszusage von 48.000 Euro im Jahr. Die Kehrseite: In vielen handwerklichen Berufen und im Gesundheitsbereich werden auch Arbeitnehmer mit weniger als 4.000 Euro im Monat dringend gesucht. Ganz nebenbei: Auch nicht jeder Assistenzarzt kommt auf solche Summen.

Die „Blue Card“ könnte jedoch das Vorbild für ein Fachkräftezuwanderungsgesetz sein – für eine „Blue Card light“. Wichtig ist, dass die Regierung gemeinsam mit der Wirtschaft klar sagt, in welchen – auch nichtakademischen – Berufen Arbeitskräfte gesucht und welche Kompetenzen gefordert werden. Zugleich sollten wir in Ländern wie Indien, China oder den USA, aus denen schon bisher die meisten „Blue Card“-Einwanderer kommen, den neuen Mitbürgern Sprachkurse anbieten, um ihnen hier die Einarbeitung und das Einleben zu erleichtern.

Das neue Gesetz böte zudem die Chance für eine Altfallregelung: Ein bei Inkrafttreten des Fachkräftezuwanderungsgesetzes bereits gut ausgebildeter, integrierter und Steuern zahlender Flüchtling soll bleiben können. Lassen wir also potenzielle Fachkräfte zu uns kommen – und behalten wir diejenigen hier, die am Stichtag bereits alle Anforderungen erfüllen. ●

Wohnatlas 2018: Niedrige Zinsen = kostengünstige Kreditraten

Ist der Traum vom Eigenheim in Deutschland noch finanzierbar? Antworten gibt der Postbank Wohnatlas, für den das Hamburger WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) die Immobilienmärkte in 401 kreisfreien Städten und Landkreisen untersucht hat. Die Studie zeigt, was der Wohnungskauf monatlich kostet – und wo die Raten im Rahmen bleiben. So kann bei einer Tilgungsdauer von knapp 20 Jahren in 186 Städten und Landkreisen, also fast der Hälfte aller Regionen, eine 70-Quadratmeter-Wohnung mit einer monatlichen Belastung von unter 500 Euro erworben werden. Steigert man den monatlichen Betrag auf bis zu 750 Euro, ist die Wohnung sogar in 324 der 401 Regionen nach knapp 20 Jahren abbezahlt. Nur in 25 Städten und Kreisen, also in sechs Prozent aller untersuchten Regionen, werden bei knapp 20 Jahren Tilgungsdauer mehr als 1.000 Euro monatlich fällig.

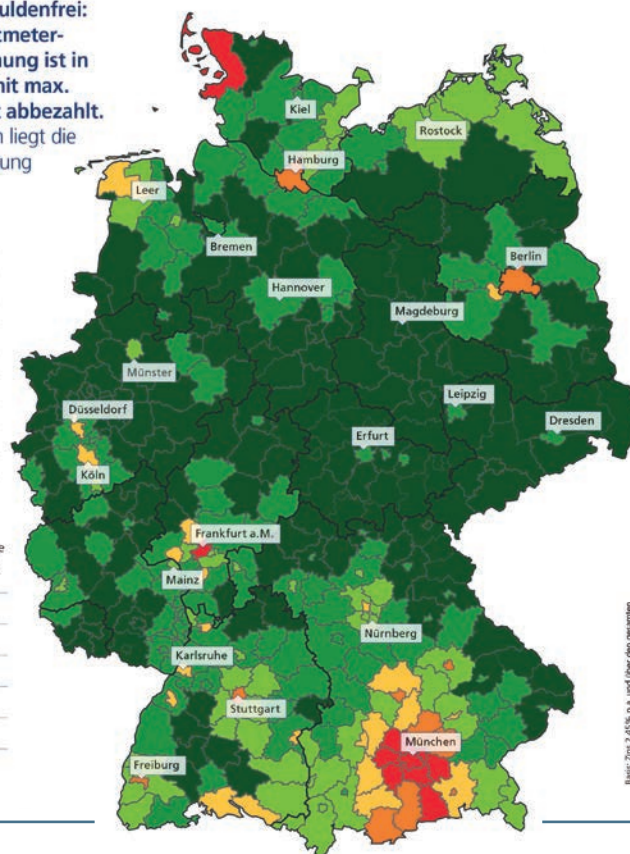
In 20 Jahren schuldenfrei: Eine 70-Quadratmeter-Eigentumswohnung ist in jedem 2. Kreis mit max. 500€ pro Monat abbezahlt. In 4 von 5 Kreisen liegt die monatliche Belastung bei max. 750€.

Stadt	Mtl. Belastung
Duisburg	335 €
Wuppertal	375 €
Bochum	434 €
Dortmund	438 €
Essen	469 €
Bielefeld	497 €
Leipzig	586 €
Bremen	607 €
Dresden	623 €
Hannover*	629 €

Legende
Monatliche Zahlung für eine 70qm-Eigentumswohnung, Tilgungssatz 4%

180 - 500 Euro
500 - 700 Euro
700 - 900 Euro
900 - 1100 Euro
1100 - 1300 Euro
1300 - 2100 Euro

* Region Hannover



Basis: Zins 2,25% p.a. und über den gesamten Tilgungszeitraum konstant. Tilgungsdauer von 19 Jahren und 8 Monaten. Eigenkapital 20% des Kaufpreises. Nebenkosten nicht einbezogen. Quelle: Kaufpreise: empinia-system Marktanalysen (2018).



Indemnität

Der Begriff stammt aus dem Lateinischen („Indemnitas“) und bedeutet so viel wie „Schadlosigkeit, Schadloshaltung“. Nach Art. 46 I des Grundgesetzes darf kein Abgeordneter zu keiner Zeit wegen einer Äußerung oder Abstimmung im Parlament oder einem seiner Ausschüsse gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Bundes- oder Landtags zur Verantwortung gezogen werden. Das gilt auch für die Zeit nach Ende des Mandats. Indemnität garantiert, dass Abgeordnete frei entscheiden können, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Die Redefreiheit indes ist nicht unbegrenzt. Abgeordnete dürfen sich nicht verleumderisch, beleidigend oder diskriminierend äußern, dann entfällt der Schutz. Im Gegensatz zur Strafverfolgung (Immunität) kann die Indemnität als Recht eines Abgeordneten nicht vom Parlament aufgehoben werden.

Mehr Tempo beim Infrastrukturbau

Um den Infrastrukturausbau in Deutschland effizienter und schneller durchzuführen, hat das Bundeskabinett im Juli den Entwurf für ein Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich beschlossen. Ein wichtiger Punkt des Entwurfs ist es, Doppelprüfungen zu vermeiden und Schnittstellen zu reduzieren. Konkret heißt das, dass Anhörungs- und Planfeststellungsbehörden beim Eisenbahn-Bundesamt gebündelt werden sollen. Insgesamt sollen Anhörungs- und Genehmigungsverfahren effizienter werden. In bestimmten Fällen soll bereits vor der Genehmigung einer Behörde mit dem Bau begonnen werden können. Auch mehr Transparenz und Digitalisierung bei der Bürgerbeteiligung schlägt der Entwurf vor, sodass zum Beispiel alle Planungsunterlagen eines Bauvorhabens im Internet veröffentlicht werden sollen.



ZUKUNFT DER ARBEIT

Acht Stunden waren gestern

Die Arbeitswelt befindet sich in einem radikalen Umbruch. Die deutsche Bevölkerung altert und schrumpft. Den Unternehmen fehlen die Fachkräfte und die Fachkräfte verlangen mehr Flexibilität. Die Bundesregierung hat das Problem erkannt, doch tut sie genug?

Der Fachkräftemangel in Deutschland hemmt laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) das Wachstum der Wirtschaft. Derzeit fehlen dem IW zufolge rund 440.000 qualifizierte Arbeitskräfte am Jobmarkt, Tendenz steigend. „Wenn die Unternehmen diesen Fachkräftebedarf decken könnten, würde die Wirtschaftsleistung in Deutschland um bis zu 0,9 Prozent oder rund 30 Milliarden Euro höher ausfallen“, heißt

ältere Mitarbeiter länger im Betrieb bleiben. Und: Junge Nachwuchstalente werden umworben wie nie.

Denn gerade die Jungen sind es, die Experten zufolge den Anforderungen der Arbeitswelt 4.0 am ehesten gewachsen sein werden. Die fortschreitende Digitalisierung bringt einen tiefgehenden Wandel: Maschinen kommunizieren miteinander, Abläufe in Unternehmen lassen sich per Mausclick steuern und kontrollieren, die Digitalisierung schafft eine Vernetzung von

Arbeits-, Herstellungs- und Lieferprozessen in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Betriebsinterne Abläufe werden effizienter, die Fehlerquote soll sinken. Viele Industriezweige setzen auf „denkende“ Maschinen, Zahnkronen werden im Labor von 3-D-Druckern gefertigt, neue Internet-Kaufhäuser entstehen, die inhabergeführten Geschäften neue Marktchancen eröffnen.

Für den Mittelstand bedeutet das, dass langfristig immer weniger ungelernete Arbeitskräfte benötigt werden. Denn Roboter übernehmen komplizierte manuelle Tätigkeiten und arbeiten dem Menschen zu. Wo Roboter zum Einsatz kommen, da entstehen Arbeitsplätze mit mehr Verantwortung und komplexeren Aufgaben.

Spagat zwischen Flexibilität und Stabilität

Was aber macht die Belegschaft von morgen aus? „Sie repräsentiert zunehmend unterschiedliche Lebensformen


„Ziel dieses Gesetzes muss es sein, den Unterschied zwischen Asylrecht und echter Fachkräftezuwanderung herauszuarbeiten.“

Jana Schimke, Co-Vorsitzende der MIT-Kommission Arbeit und Soziales

es in der Studie. Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) prognostiziert in seinem aktuellen Arbeitsmarktreport, dass hierzulande rund 1,6 Millionen Stellen längerfristig nicht besetzt werden können.

Junge Talente stark umworben

Die Wirtschaft kennt das Problem schon länger, mögliche Lösungen gibt es viele: Neben der Anwerbung von qualifizierten Arbeitsmigranten sollen gut qualifizierte Frauen nach der Babypause schneller in den Job zurückkehren,



„Brücken
schlagen, damit
die Anliegen
unserer
Mitglieder
in der Politik
ankommen.“

Thomas Hetz,
Hauptgeschäftsführer

DIEZEITARBEIT

Einstieg. Aufstieg. Wachstum.



Bundesarbeitgeberverband
der Personaldienstleister

und Wertvorstellungen“, sagt Markus Gunnesch von der Beratungsgesellschaft Kienbaum. „Starre Hierarchien und fest zugeordnete Projektstrukturen werden zusehends für moderne Führungskulturen geöffnet und treffen auf flexi-

„Sowohl die Arbeitgeber als auch viele ihrer Arbeitnehmer hätten gerne mehr Flexibilität, die das Gesetz aber nicht zulässt.“

Jana Schimke, Co-Vorsitzende der MIT-Kommission Arbeit und Soziales

ble Netzwerkstrukturen in flachen Hierarchien.“ Das heißt: Arbeitnehmer verlangen mehr Flexibilität, auch in Bezug auf Arbeitszeiten und -orte. Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Angebote machen wie Home-Office, Vertrauensarbeitszeit oder auch Gesundheitsangebote werden es leichter haben, fähige Mitarbeiter zu finden. Und „fähig“ bedeutet in Zukunft nicht nur, Digitalkompetenzen mitzubringen, sondern auch ein Verständnis dafür zu entwickeln, welche Dienstleistungen künftig digital erledigt und delegiert werden können.

Regierung hadert mit Flexibilisierung

Und wie reagiert die Politik? Mit der 2017 eingeführten Flexi-Rente trägt die Bundesregierung diesem grundlegenden Mentalitätswandel bereits Rechnung. Der aktuelle Koalitionsvertrag von Union und SPD sieht jedoch deutliche Einschränkungen im Arbeitsrecht für Arbeitgeber und nahezu keine Flexibilisierung bei den Arbeitszeiten vor. Zwar konnte auch auf Druck der MIT eine vollständige Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen verhindert werden. „Dennoch soll dieses wichtige arbeitsmarktpolitische Instrument stark eingeschränkt werden“, bedauert Jana Schimke, CDU-Bundestagsabgeordnete und Co-Vorsitzende der MIT-Kommission Arbeit und Soziales.

Absurd: Was künftig für die Wirtschaft gelten soll, nimmt die Bundesregierung in ihren eigenen Ministerien

offenbar selbst nicht so genau. Im Juni beschäftigte die Regierung nach eigenen Angaben rund 7.900 Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen, ohne einen konkreten Sachgrund dafür zu nennen. Und der Staat hat sich darüber hinaus ein besonders Privileg gegönnt: Es gibt für öffentliche Einrichtungen den Sonder-Befristungsgrund des Haushaltsvorbehalts. Damit hat der öffentliche Dienst als Arbeitgeber einen deutlich höheren Anteil befristeter Beschäftigter als die Wirtschaft.

Ein weiterer großer Hinderungsgrund für Flexibilität ist das veraltete Arbeitszeitrecht. MIT-Arbeitsmarktexpertin Jana Schimke: „Sowohl die Arbeitgeber als auch viele ihrer Arbeitnehmer hätten gerne mehr Flexibilität, die das Gesetz aber nicht zulässt.“ Jeder, der seinen Mitarbeitern erlaube, früher nach Hause zur Familie zu gehen, wenn die restlichen E-Mails abends von zu Hause noch beantwortet würden, verstößt gegen das Arbeitszeitgesetz. Und der Koalitionsvertrag sehe nur eine Mini-Öffnung vor: in „Experimentierräumen“ und dann auch nur beschränkt auf Unternehmen, die tarifgebunden sind. Jana Schimke hält das für falsch: „Damit würden genau die, die Flexibilität am meisten bräuchten, benachteiligt: kleine Mittelständler und Startups sind im Regelfall nicht tarifgebunden.“ Der Koalitionsvertrag sehe damit eine Privilegierung für gewerkschaftlich organisierte Großunternehmen vor. Das gehe aber an der Lebenswirklichkeit und am Bedarf in Deutschland vorbei.

Immerhin könnte bald mit dem geplanten Fachkräftezuwanderungsgesetz (siehe auch Seite 8) Bewegung auf den Arbeitsmarkt kommen. Innenminister Horst Seehofer (CSU) hat bereits erste Eckpunkte vorgelegt. „Ziel dieses Gesetzes muss es sein, den Unterschied zwischen Asylrecht und echter Fachkräftezuwanderung herauszuarbeiten“, sagt Jana Schimke. „Es muss uns gelingen, die Fachkräfte nach Deutschland zu locken, die wir auch wirklich benötigen.“ ●

Sabine Hense-Ferch
Freie Journalistin

ARBEIT 4.0





GEMEINSAME EUROPÄISCHE AGRARPOLITIK

EU-Subventionen: Weniger für mehr?

Im Juni hat die EU-Kommission Vorschläge zur neuen Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) vorgelegt. Vor allem mittelständische Landwirtschaftsbetriebe kritisieren die Vorschläge massiv. Statt die GAP bürokratisch zu verschlanken, wurden sogar zusätzliche Regelwerke vorgeschlagen. Und es soll weniger Geld für die Landwirte geben.

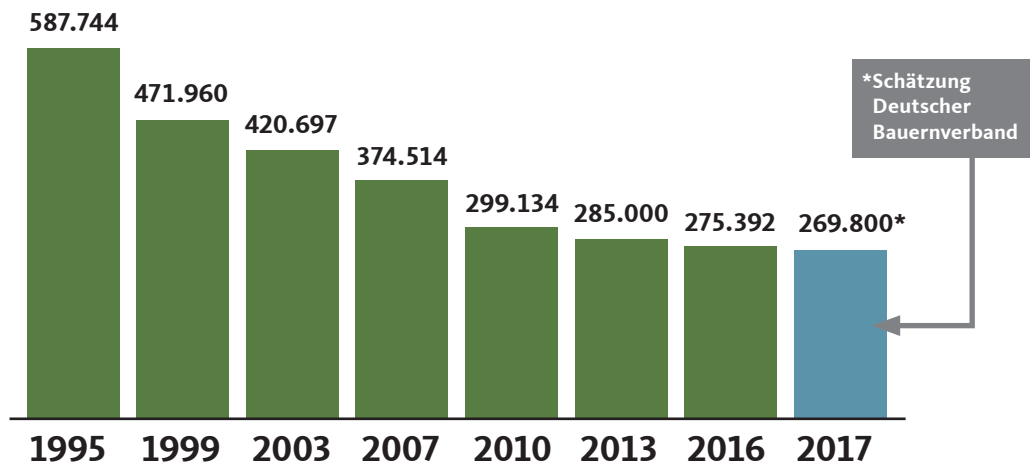
Der Tag von Landwirtin Kathrin Seeger beginnt um 7 Uhr – aber in den meisten Fällen nicht bei den Tieren oder in der Natur, sondern hinter ihrem Schreibtisch. Denn um ihren Landwirtschaftsbetrieb zu finanzieren, muss sie sich täglich mit viel Papierkram herumschlagen. Dokumentationen ihrer Düngeroutine gehören genauso dazu wie seitenlange An-

träge, die sie bei der EU für finanzielle Unterstützung stellt. Den Sonnenaufgang mit den Tieren erleben, die frische Landluft bei der ersten Tasse Kaffee genießen und viel Zeit in der Natur auf den Feldern verbringen – diese romantisierte Vorstellung passt schon lang nicht mehr zum Arbeitsalltag einer Landwirtin in Deutschland. Zehn Mitarbeiter beschäftigen Seeger und ihr

Mann auf dem gemeinsamen Hof in Otzberg in Hessen. Der Betrieb liegt seit Jahrzehnten in Familienhand und auch Seegers ältester Sohn ist bereits in der Ausbildung zum Landwirt. Seeger und ihre Mitarbeiter betreiben Schweinehaltung und Ackerbau auf einer Fläche von insgesamt 400 Hektar. Besonders während der Erntezeit sind die Seegers auf jede Hilfe angewiesen.

Landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland

Zahl der Betriebe



Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Digitalisierung in der Landwirtschaft

Anders als viele denken, gehört die Landwirtschaft zu den Branchen, die in Sachen Digitalisierung ganz vorne mit dabei sind. Voraussetzung für den Einsatz digitaler Hilfsmittel ist eine stabile und schnelle Internetverbindung. Deshalb wird es immer wichtiger, den Breitbandausbau auch in den ländlichen Räumen voranzutreiben. Denn die Digitalisierung kann den Arbeitsalltag in der Landwirtschaft deutlich effizienter gestalten. Dazu gehören zum Beispiel Futtermanagement-Softwares wie Fodjan. Gegründet hat das Unternehmen MIT-Mitglied Carsten Gieseler. Mit der App kann der Landwirt seine derzeit gefütterte Ration nach verschiedenen Kriterien, wie Futtergesundheit, Milchleistung und Kosten/Nutzen dokumentieren. Ausgehend von den eingegebenen Daten schlägt die App im Anschluss vor, ob der Landwirt seine Tiere zum Beispiel gesünder füttern sollte oder Kosten einsparen kann. Nicht nur Apps gehören schon bei vielen Landwirten zum Arbeitsalltag, sondern zum Beispiel auch intelligente Erntemaschinen, die sofort den Ertrag ermitteln können oder automatisch die Grenze des abzuerntenden Feldes erkennt.

„Dann müssen wir den Papierkram auch mal liegen lassen und mit aufs Feld“, sagt die Landwirtin, die auch MIT-Mitglied ist und sich in der Landwirtschaftskommission auf Bundesebene engagiert.

Aktuell wird Seegers Arbeitsalltag von Nachrichten aus Brüssel überschattet. Im Juni hat die EU-Kommission Vorschläge zur neuen Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 vorgelegt. Die GAP der EU beinhaltet zentrale Vorgaben und Finanzierungen von Maßnahmen in der Landwirtschaft. Hintergrund der GAP ist das Interesse der EU-Mitgliedsstaaten, eine gemeinsame Politik für einen Sektor zu gestalten, der die Nahrungsmittelversorgung sichert, Umweltschutz unterstützt und bei der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume hilft. Trotzdem hat die GAP nach ihrer Einführung Ende der 1950er Jahre den tief greifenden Strukturwandel der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten nicht aufhalten können. Die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe ging stark zurück und gleichzeitig wurden die verbleibenden Betriebe größer und produktiver. Durch diesen Strukturwandel begann die EU

2003, Direktzahlungen an Landwirte von der Produktionsleistung ihrer Betriebe zu entkoppeln, um auch kleine und mittelständische Landwirte zu unterstützen.

Die zwei Säulen der GAP

Insgesamt stehen für die Agrarförderung in Deutschland von 2014 bis 2020 jährlich rund 6,2 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung. Diese Fördermittel verteilen sich auf zwei Säulen. Die Direktzahlungen an die Landwirte finanzieren sich aus der ersten Säule. Dafür erhält Deutschland aktuell jährlich rund 4,85 Milliarden Euro von der EU. Die Direktzahlungen werden je Hektar landwirtschaftlicher Fläche berechnet. Diese Zahlungen machen im Durchschnitt rund 40 Prozent des Einkommens der Betriebe aus. Die erste Säule beinhaltet außerdem Direktzahlungen im Kontext des sogenannten „Greenings“. Um diese Zahlungen zu erhalten, müssen Landwirte beispielsweise Auflagen zum Klima- und Umweltschutz erfüllen. Die zweite Säule der GAP besteht aus gezielten Förderprogrammen für die nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung und die ländliche Entwicklung. Für diese Säule stehen in Deutschland jährlich rund 1,3 Milli-

arden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung, die mit zusätzlichen nationalen Mitteln kofinanziert werden müssen. Durch den Austritt Großbritanniens aus der EU fehlen im neuen EU-Haushalt rund 14 Milliarden Euro. Deshalb wird auch bei den Agrarsubventionen gespart. Agrar- und Kohäsionsfonds sollen jeweils um fünf bis zehn Prozent verkleinert werden.

Bürokratiemonster vor. „Außerdem weiß ich nicht, wie ich eine Strategie vorlegen soll, wenn ich keine Planungssicherheit habe“, sagt Seeger. In regelmäßigen Abständen würden neue Vorgaben aus Brüssel kommen und selbst diese werden bei der Umsetzung in nationales Recht noch mal verschärft, was zu einem erheblichen Wettbewerbsnachteil innerhalb der EU

dass das Kontrollmanagement der EU deutlich ausgedünnt werden müsse. Eine neue GAP müsse den individuellen Bedürfnissen der europäischen Bauern entsprechen und gleichzeitig umweltpolitische Rahmenbedingungen setzen. „Kappung und Degression der Direktzahlungen lehnen wir ab“, sagt Rukwied. Wegen der extrem volatilen Erträge dürften den Landwirten keine Mittel gestrichen werden.

„Es kann nicht sein, dass unsere Bauern mehr Zeit am Schreibtisch als auf ihren Feldern verbringen.“

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner

Jetzt schlägt die EU-Kommission vor, die Direktzahlungen an Landwirte ab 60.000 Euro zu kürzen und Zahlungen über 100.000 Euro je Betrieb zu deckeln. Laut EU-Kommission soll dadurch eine gerechtere Verteilung der Zahlungen sichergestellt werden. Kleine und mittlere Betriebe sollen eine höhere Unterstützung je Hektar erhalten. Eine Zahl nannte die EU-Kommission in diesem Zusammenhang noch nicht. Die EU-Kommission schlägt außerdem vor, dass Landwirte künftig eine Strategieplanung mit einer Evaluierung ihrer Arbeit und entsprechenden Berichten vorlegen sollen, um weiterhin Direktzahlungen in Anspruch zu nehmen. Kathrin Seeger soll also noch mehr Zeit hinter ihrem Schreibtisch verbringen. „Diese Vorschläge sind praxisfremd und realitätsfern“, sagt sie. Beispielsweise sei es ohnehin schon sehr aufwendig, den Einsatz von Düngemittel oder andere Verfahren beim Ackerbau zu dokumentieren. Mit der Strategieplanung schlage die EU deshalb ein weiteres

führt. Deshalb müssten die Prozesse im Betrieb immer wieder angepasst werden. „Wir brauchen Verlässlichkeit und Vertraulichkeit“, fordert Seeger.

Um Bürokratie abzubauen, müssten Entschlackung und Vereinfachung stattfinden. Denn trotz digitaler Technik seien quadratmetergenaue Flächenerfassungen noch immer schwer möglich, sagt der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied. „Hier brauchen wir einen größeren Kulanzraum“, sagt er und fordert,

Zahlungen dürfen nicht gekürzt werden

Auch Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) kritisiert einige Vorschläge der EU zur GAP. Anders als die EU-Kommission sieht Klöckner die verpflichtende Kappung der Direktzahlungen bei 100.000 Euro nicht als geeignetes Instrument an. „Ich kann mir kaum vorstellen, dass wir hier ohne Änderungen mitgehen können“, so die Ministerin. Die Anwendung der Kappung sollte den Mitgliedsstaaten freigestellt sein. Außerdem sieht Klöckner Diskussionsbedarf bei der Vereinfachung der GAP. „Es kann nicht sein, dass unsere Bauern mehr Zeit am Schreibtisch als auf ihren Feldern verbringen“. Hinzu komme, dass von den Landwirten Mehrleistungen für die Gesellschaft erwartet werden, die sie zusätzlich stemmen müssten. „Deshalb müssen wir Landwirte,



Ein digitales Steuermodul angebracht an einer Landmaschine. Dieses Gerät ist auf den Feldern schon häufig im Einsatz.

die die zusätzlichen gesellschaftlichen Anforderungen an Umwelt- und Naturschutz erfüllen, die über ihr wirtschaftliches Betriebsinteresse hinausgehen, auch finanziell unterstützen“, sagte Klöckner im Interview mit dem Mittelstandsmagazin auf Seite 17.

der auch Holdings profitieren würden, die mit der Landwirtschaft nichts zu tun hätten. Aber diese Verbesserung sollte den Mitgliedsstaaten überlassen werden. „Die Förderung über die GAP muss den in der Region verwurzelten Landwirten zu Gute kommen und

wir höchste europäische und deutsche Produktionsstandards.“ Deshalb seien die Ausgleichszahlungen an die Landwirte unerlässlich. Auch angesichts der aktuell desaströsen Ernte werde deutlich, wie wichtig die Zahlungen in ungekürzter Höhe gerade in Zeiten des Klimawandels seien. Hinzu kommt auch, wie bei Landwirtin Kathrin Seeger, die wachsende Bürokratiebelastung. „Ob Düngeverordnung, Pflanzenschutzgesetz, Agrarantrag, oder Arbeitsgesetzgebung – alle verlangen immer neue Aufzeichnungspflichten“, sagt MIT-Mitglied Aschenbroich. Denn nicht selten kommen zu den EU-Verordnungen noch nationale Regeln hinzu. „Wir brauchen in Deutschland wieder mehr Vertrauen für unser Tun“, sind sich Aschenbroich und Seeger einig. Denn ohne dieses Vertrauen entfernt sich ihr Beruf immer mehr von seiner eigentlichen Aufgabe, nämlich Nahrungsmittel gut und zuverlässig zu produzieren. Genau das sollte die Ausgangslage für die weitere Diskussion über die GAP sein. ●

„Wir brauchen in Deutschland wieder mehr Vertrauen für unser Tun.“

Josef Aschenbroich, Landwirt und MIT-Mitglied

Die für Landwirtschaft zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der MIT-Landwirtschaftskommission, Gitta Connemann, sieht die Vorschläge zur GAP ebenfalls kritisch: „Landwirte können nicht immer mehr Aufgaben erfüllen mit immer weniger Geld.“ Die Einführung einer Obergrenze bei den Direktzahlungen kritisiert Connemann massiv. Im Grunde sei es richtig, die Zielgenauigkeit der Direktzahlungen zu verbessern. Denn bislang erinnere das System an eine Gießkanne, von

nicht den Hedge-Fonds, die Boden als reines Renditeobjekt sehen.“ Auch in der MIT-Landwirtschaftskommission steht die Diskussion über die GAP auf der Agenda.

Auf Ministerin Klöckner und die MIT-Landwirtschaftskommission hofft auch Josef Aschenbroich. Der Landwirt aus Langenfeld im Rheinland führt einen Ackerbaubetrieb mit Legehennen-Haltung und kämpft vor allem mit einem Widerspruch: „Beim Verkauf unserer Produkte gilt der raue Weltmarkt mit seinen Dumpingpreisen, und auf der anderen Seite haben



Katharina-Luise Kittler
Redakteurin
kittler@mit-bund.de

Die zwei Säulen der GAP

Direktzahlungen für die Landwirtschaft

Zweck:
Landwirte direkt unterstützen

- ▶ Wettbewerbsausgleich auf dem europäischen Agrarmarkt


Finanzierung:
Mittel kommen ausschließlich aus dem EU-Haushalt

Förderung der ländlichen Entwicklung

Zweck:
Zukunft des ländlichen Raums gestalten und unterstützen

- ▶ Finanzielle Mittel an Landwirte, Unternehmen, Kommunen, Verbände u. a.

Finanzierung:
Mittel kommen aus dem EU-Haushalt und nationalen Haushalten

A portrait of Julia Klöckner, a woman with short blonde hair, wearing a white blazer over a patterned blouse. She is smiling and looking upwards and to the right. The background is a blurred outdoor scene with green foliage and a red circular object.

Als Winzertochter kennt sich Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner mit Belangen des Mittelstands aus. Im Gespräch mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben spricht die CDU-Vizechefin über Werbeverbote, Zuckersteuer, Stalleinbrüche von NGOs und die Marktwirtschaft in der Landwirtschaft.

INTERVIEW MIT JULIA KLÖCKNER

„Man sollte den Verbrauchern nicht alles vorschreiben“

Frau Ministerin, viele unserer Leser treibt das Agieren mancher Nichtregierungsorganisationen – NGOs – um. Gerade Tierhalter sind damit konfrontiert, dass NGOs bei ihnen in die Ställe einbrechen, um angebliche Skandale aufzudecken. Sind Sie da auf der Seite der Tierschützer oder der Tierhalter?

Julia Klöckner: Tierhalter sind in der Regel auch Tierschützer, weil sie mit und von ihren Tieren leben und den Betrieb auch weitergeben wollen. Und wer glaubt, dass ein Stall einbruch nach dem Motto „der Zweck heiligt die Mittel“ eine Bagatelle ist, der macht Tür und Tor auf für selbsternannte „Bürgerpolizisten“. Selbst wenn der Verdacht der Nicht-Einhaltung des Tierschutzgesetzes besteht, sind die staatlichen Behörden gefragt. Die Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Regelungen ist Sache der Länder. Wir brauchen ganz klar in allen Bundesländern ein gleichermaßen gutes und wirksames Kontrollsystem. Wenn es Lücken gibt, müssen sie geschlossen werden. Tiere sind Mitgeschöpfe und keine leblose Ware. Und wer gegen den Tierschutz verstößt, der muss auch mit harten Strafen rechnen. Und das ist auch richtig. Alles andere wäre Selbstjustiz, die wir nicht wollen.

Muss man NGOs wie die Deutsche Umwelthilfe nicht auch ein bisschen kritischer ansehen, zum Beispiel wer sie finanziert? Solche Organisationen erheben sich oft selbst zum Anwalt für Verbraucher oder die Allgemeinheit, obwohl sie damit gar nicht beauftragt wurden.

Wir sollten nicht pauschalisieren. Viele NGOs haben gesellschaftliche Debatten und Entscheidungen vorangebracht, sind unbequem, keine Frage. Aber nicht jede NGO ist unantastbar, es gibt viele mit einem dahinterstehenden Geschäftsmodell unter dem Deckmantel des vermeintlich Guten. Und einige halten sich nicht an die Standards, die sie von anderen einfordern. Zum Beispiel Transparenz bei der Finanzierung und Mittelverwendung.

Im Koalitionsvertrag gibt es keine Forderung nach einem Tabakwerbeverbot, trotzdem kommt die Diskussion immer wieder hoch. Kommt das Verbot nun doch?

Rauchen ist nicht gesund. Und die Krankheiten infolge des Rauchens sind massiv. Vor allem, wenn man in jungen Jahren mit dem Rauchen beginnt, hat das erhebliche Auswirkungen. Nicht nur für den Einzelnen, sondern für die gesamte Volkswirtschaft und das Gesundheitssystem. Die Verbraucher sind aufgerufen, ihre Entscheidungen reflektiert und eigenverantwortlich zu treffen. Man sollte den Verbrauchern als Staat aber nicht alles vorschreiben. Auch



wenn ein Produkt gesundheitsschädlich ist, wird es immer Menschen geben, die trotz besseren Wissens zugreifen. Ob es beim Werbeverbot Veränderungen gibt, hängt davon ab, ob die Koalitionäre das gemeinsam wollen.

Beim Zucker gibt's auch die Debatte, ob man wie in Großbritannien den Verkauf stärker besteuern sollte. Kein Verbot, kein Werbeverbot, aber höhere Steuern?

Deutschland hat im wahrsten Sinne des Wortes ein zunehmendes Problem mit Über- und Fehlernährung. Es gibt immer mehr Kinder mit Adipositas – das ist alarmierend. Ob eine Steuer auf einen einzelnen Inhaltsstoff hilft, bezweifle ich. Ich bin für eine Gesamtstrategie und gegen kurzfristige Maßnahmen, die vielleicht auf den ersten Blick gut klingen – aber eher Symbolcharakter haben. Eine Steuer ist ja kein Selbstzweck. Selbst wenn sich die Zuckeraufnahme durch ein Produkt reduziert, heißt das nicht automatisch, dass sich die Gesamtzuckeraufnahme oder Gesamtkalorienzahl reduziert, dass sich die Bürger danach besser und ausgewogener ernähren. Ein Beispiel: Dänemark hatte eine Fettsteuer eingeführt und sie wieder zurückgenommen. Was bringt es mir, wenn ich beispielsweise einen Fettanteil in einem Produkt verringere und man bewirbt ihn mit nur 0,1 Prozent Fett, aber dann sind 30 Gramm Zucker drin? Was wir brauchen, ist die Reduzierung der Gesamtkalorienzahl in Fertigprodukten. An einer entsprechenden Reduktions- und Innovationsstrategie arbeite ich zusammen mit der Ernährungswirtschaft und den Verbraucher- und Gesundheitsvertretern. Ferner brauchen wir eine breitere Ernährungsbildung von Kindesbeinen an und



„Eine Volkspartei hat verschiedene Flügel, aber es sollte zu keinen Lagerkämpfen untereinander kommen. Statt abgrenzende Gruppen zu bilden, sollten wir uns in der Sache auseinandersetzen.“



besseres Essen in Kita, Schule oder Betrieb, damit die gesunde Wahl zur leichten Wahl wird. Jede Unterstützung bei der Umsetzung dieser ganzheitlichen Strategie ist uns herzlich willkommen.

Auf EU-Ebene wird gerade eine Richtlinie zu unfairen Handelspraktiken im Lebensmittelhandel geplant. Es geht darum, Landwirte und Lebensmittelproduzenten gegenüber dem Handel zu stärken. Der Handel sagt, das sei ein Eingriff in die Vertragsfreiheit. Die Lebensmittelproduzenten dagegen beklagen, dass sie von marktdominanten Handelsketten unfair behandelt würden. Auf welcher Seite stehen Sie da?

Es gibt nicht den Handel. Es gibt ganz unterschiedliche Handelspraktiken. Wenn ein Handelsunternehmen dem Lebensmittelproduzenten die Rechnungen erst nach 90 Tagen oder mehr bezahlt, selbst aber die Ware längst verkauft und das Geld eingenommen hat, dann ist das nicht in Ordnung. Gerade große Lebensmittelketten haben natürlich eine Marktmacht, der die Bauern nicht auf Augenhöhe gegenüberstehen. Landwirte stehen als Primärerzeuger und Rohstofflieferanten am Beginn der Wertschöpfungskette. Ich habe die Beteiligten zu einem Runden Tisch eingeladen, um über Probleme und Klagen zu sprechen. Am Ende sitzen doch alle in einem Boot.

Zu Brüssel: Wir haben in Deutschland bereits Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von unlauteren Handelspraktiken, aber das ist nicht in allen Mitgliedstaaten der EU der Fall. Dennoch passen nicht alle Brüsseler Vorschläge in unser bestehendes deutsches Rechtssystem.



Bleiben wir bei Europa. Es wird gerade die gemeinsame europäische Agrarpolitik reformiert, es geht um Milliardensubventionen. Wer werden am Ende die Gewinner und wer die Verlierer sein?

Gewinner sollten wir alle sein. Erst einmal ist es im Interesse der europäischen Verbraucher, eine starke, zukunftsfähige und nachhaltige Lebensmittelproduktion in der EU zu haben. Deshalb müssen wir Landwirte, die die zusätzlichen gesellschaftlichen Anforderungen an Umwelt- und Naturschutz erfüllen, die über ihr wirtschaftliches Betriebsinteresse hinausgehen, auch finanziell unterstützen. Sonst werden sie im Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig bleiben. Denn andere Produzenten außerhalb Europas haben bei weitem nicht die kostentreibenden Produktionsauflagen wie unsere heimischen Bauern. Die europäische Agrarpolitik wird in Zukunft noch stärker an den Belangen des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes ausgerichtet.

Kommen wir zur Kehrseite der Subventionen. Wir versuchen gerade im anderen Kontext über Fluchtursachen zu reden. In Afrika haben viele Landwirte kein Verständnis dafür, dass in Europa Produkte hochsubventioniert werden und dann billig dem afrikanischen Markt zugeführt werden.

In Deutschland sind die Direktzahlungen für die Landwirte von der landwirtschaftlichen Produktion „entkoppelt“, das heißt, sie werden unabhängig vom Produkt je Hektar landwirtschaftlicher Fläche und der produzierten Menge gewährt. Die Direktzahlungen dienen der Einkommens- und Risikoabsicherung. Es wird damit aber auch das abgegolten, was an Mehrleistungen für die Gesellschaft erwartet wird. Das heißt, Landwirte erhalten Geld, weil sie höhere europäische Standards erfüllen, zum Beispiel Umweltschutzstandards. Wir hätten ja ansonsten eine Wettbewerbsverzerrung, da man in anderen Kontinenten ohne die Auflagen produzieren kann, die Landwirte hier erfüllen müssen. Zielländer der deutschen Exporte sind vor allem kaufkräftige, wachstumsstarke Märkte und nicht die am wenigsten entwickelten Länder. Die Zahlen bestätigen dies: Im Ergebnis exportieren wir zwei Prozent aller deutschen Agrarprodukte in den afrikanischen Markt, aber importieren 3,7 Prozent aus Afrika.

Sie wollen für Digitalisierung Experimentierfelder schaffen und mit Geld unterlegen. Die MIT fordert jetzt, diese digitalen Experimentierfelder mit Bürokratieabbau zu verknüpfen. Unsere Landwirte haben sich beschwert, sie müssten bei der Tierhaltung viermal für unterschiedliche Behörden unterschiedliche Formulare



Julia Klöckner (45) ist stellvertretende CDU-Vorsitzende und seit März Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft. Sie wuchs auf einem Weingut im rheinland-pfälzischen Guldental auf, arbeitete einige Jahre als Lehrerin und als Journalistin, unter anderem als Chefredakteurin eines Weinmagazins. Von 2002 bis 2011 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages, zuletzt als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium. Danach wechselte Sie als CDU-Spitzenkandidatin nach Rheinland-Pfalz, wo sie bis zu ihrer Vereidigung als Bundeslandwirtschaftsministerin CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag war.





online ausfüllen. Das könnte man doch digital vernetzen und der Landwirt müsste nur einmal alles eingeben?

Richtig. Digitalisierung kann zum Beispiel bei der Vereinfachung des Meldesystems helfen. Plattform und Datenhoheit müssen noch geklärt werden. Zudem hat der Staat Daten, zum Beispiel über den Boden, die den Landwirten kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollten. Digitalisierung ist beispielsweise mit dem Melkroboter schon in manchen Kuhstall eingezogen. Bodensensoren und vernetzte Maschinen machen Präzisionslandwirtschaft möglich, um Pflanzenschutzmitteleinsätze zu reduzieren, ihre Auftragung effizienter vorzunehmen, um Daten zwischen Aussaat und Ernte abzugleichen, um Schädlinge früher zu erkennen. So können wir die Pflanzung, Düngung, Unkraut- und Schädlingsbekämpfung viel passgenauer gestalten.

Konkret nochmal zum Thema Bürokratie und verschiedenen Datenpools. Kann man erwarten, dass da in dieser Legislaturperiode etwas passiert, dass also der Landwirt in drei Jahren weniger Daten eingeben muss als bisher?

Wenn alle mitspielen: ja. Ich werde deshalb Experimentierfelder einrichten, um Vernetzungen und Anwendung im optimalen Testumfeld zu demonstrieren und weiter zu entwickeln. Auch mit Blick auf die ländlichen Regionen. Wir wollen uns ansehen, wie in einem Dorf das Thema Digitalisierung aussehen kann: von der Ackerfurche in die Cloud

und dann zum lokalen Händler. Auch geht es um die Lösung der Schnittstellenproblematiken von verschiedenen landwirtschaftlichen Gerätschaften auf einem Hof. Es fehlen noch notwendige Standardsetzungen, während andere voranschreiten: China will bis 2025 weltweit führend sein beim Thema Digitalisierung der Landwirtschaft. Wir haben doch eins gelernt: Wer zu lange schläft, wird überannt von Google, Apple oder Facebook. Und dann beklagen wir uns über deren Marktmacht oder mangelnde Datenschutzstandards.

„Gerade große Lebensmittelketten haben natürlich eine Marktmacht, der die Bauern nicht auf Augenhöhe gegenüberstehen.“

Noch eine Frage an die stellvertretende CDU-Vorsitzende: Derzeit bilden sich lauter Grüppchen in der CDU – Werteunion, Union der Mitte. Wem stehen Sie nah?

Eine Gruppe, die für sich exklusiv in Anspruch nimmt, für „die“ Werte in der Union zu stehen – das führt uns als Union nicht gerade zusammen. Eine Volkspartei hat verschiedene Flügel, und grundsätzlich muss man eine gewisse Bandbreite auch aushalten – aber es sollte zu keinen Lagerkämpfen untereinander kommen. Statt abgrenzende Gruppen zu bilden, sollten wir uns in der Sache auseinandersetzen. Spannend wird's ja, wenn man in die einzelnen Themen auch wirklich reingeht. Es gibt Anhänger, für die ist konservativ, an der Atomkraft festzuhalten, es gibt aber auch Mitglieder, die sagen, konservativ ist für mich Bewahrung der Schöpfung und deshalb eben keine Atomkraft. Deshalb sind diese Etiketten rechts, links, konservativ oder progressiv alle nur Platzhalter für eine inhaltliche Debatte, die man scheut oder nicht wirklich geführt hat. Für mich ist zum Beispiel der Einsatz für Recht, Sicherheit und Ordnung in unserem Land keine Frage von rechts oder links, sondern eine Frage des Standards unseres Rechtsstaates. Und wenn ich mich für den ordentlichen Umgang mit Tieren, den Mitgeschöpfen einsetze, dann ist das keine linke Spinnerei, sondern für mich auch Auftrag aus dem Christlichen heraus.

Kommen wir am Schluss zu der bei uns üblichen Satzvervollständigung: Wenn ich mal nicht mehr in der Politik sein werde, wäre mein Traum...?

... gelassen und zufrieden zurückblicken zu können. ●

REFORM DER GRUNDSTEUER

Wird es teurer für alle?

Die Grundsteuer

In Deutschland muss jeder Besitzer eines Grundstücks Grundsteuer bezahlen. Diese wird auf das Eigentum sowie die Bebauung von Grundstücken erhoben. Es handelt sich somit um eine Substanzsteuer. Die Höhe der Steuer ist nicht einheitlich, sondern wird von der jeweiligen Stadt oder Gemeinde vor Ort festgelegt. Mit jährlichen Einnahmen von 14 Milliarden Euro ist die Grundsteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen. Neben

cke in seinem Bereich fest. Aus diesem Einheitswert wird anteilig eine Grundsteuermesszahl gewonnen, die in Westdeutschland häufig 3,5 Promille beträgt. Im dritten Schritt wird der zu zahlende Betrag errechnet, indem die Steuermess-

Die Grundsteuer muss neu berechnet werden. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Welche Modelle jetzt zur Diskussion stehen und für wen es teurer werden könnte.

Einheitswert von 10.000 Euro festgelegt hat. Bei einer anteiligen Messzahl von 3,5 Promille wären das 35 Euro. 430 Prozent von 35 Euro ergeben 150,5 Euro. Die jährliche Grundsteuer beträgt also 150,50 Euro. Da die Abgabe quartalsweise zu entrichten ist, müssen alle drei Monate 37,62 Euro gezahlt werden.

„Belastet werden vor allem Bewohner von Eigenheimen in besseren Lagen. Aber auch Geschosswohnungen in attraktiven Innenstadtlagen könnten über die sehr hohen Bodenpreise stärker belastet werden.“

**Dr. Stefan Bach,
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung**

der Grundsteuer B für unbebaute und bebaute Grundstücke und Gebäude gibt es noch die Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Das Verfassungsurteil bezieht sich jedoch auf die Grundsteuer B.

Die Berechnung

Zunächst legt das zuständige Finanzamt einen Einheitswert für die Grundstü-

zahl mit dem individuellen Hebesatz der Kommune multipliziert wird. Die Hebesätze sind in Deutschland sehr unterschiedlich und reichen von weniger als 100 bis mehr als 900 Prozent.

Ein Beispiel: In der Gemeinde Altenbeken (Kreis Paderborn), die einen Hebesatz von 430 Prozent hat, besitzt eine Person ein unbebautes Grundstück, für welches das Finanzamt den

Das Urteil

Das Bundesverfassungsgericht hat am 10. April entschieden: Die Bemessung der Grundsteuer für Immobilien ist verfassungswidrig („Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz“). Die Richter stießen sich an den Einheitswerten, die „völlig überholt“ seien und zu „gravierenden Ungleichbehandlungen“ der Immobilienbesitzer führten. Denn: Für die westlichen Bundesländer werden Werte aus dem Jahr 1964, in den östlichen Bundesländern aus 1935 zugrunde gelegt. Eigentlich sollen die Werte alle sechs Jahre neu festgelegt werden. Das ist jedoch nicht geschehen. So kommt es vor, dass in der gleichen Stadt für ein neues Haus eine vielfach höhere Grundsteuer fällig wird als für ein altes Haus in vergleichbarer Lage und Größe.

Das Verfassungsgericht musste sich mit der Grundsteuer auseinandersetzen.

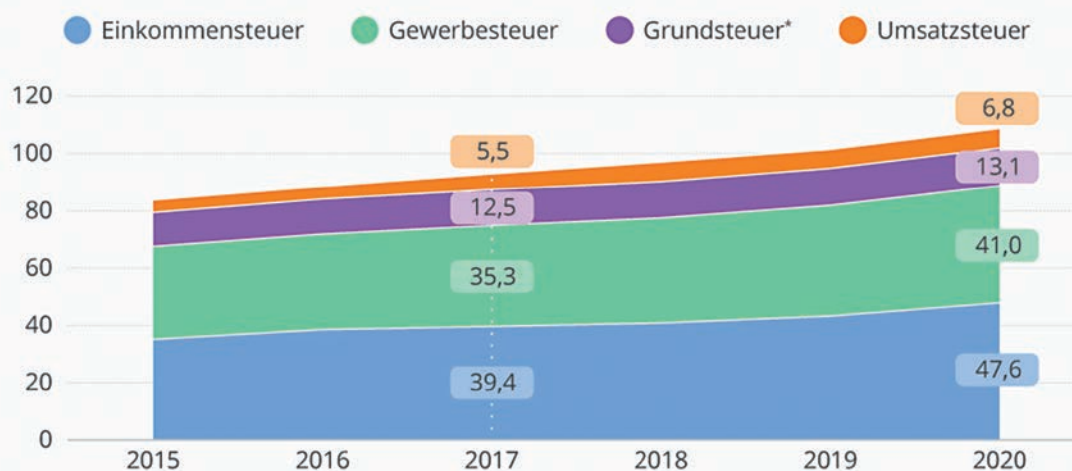
zen, weil es drei Fälle vom Bundesfinanzhof vorgelegt bekommen hat. Zudem lagen Verfassungsbeschwerden von Bürgern vor, die sich ungerecht behandelt fühlten. Das Urteil bezieht sich auf die alten Bundesländer, gilt aber implizit für das ganze Bundesgebiet. Der Gesetzgeber hat nun bis Ende 2019 Zeit, eine Neuregelung zu schaffen. Allerdings räumte das Gericht eine Übergangsphase bis 2024 ein.

ist eine aufkommensneutrale Reform, die Mehrbelastungen möglichst vermeidet und den Kommunen Rechtssicherheit über ihre Grundsteuereinnahmen gibt“, fordern die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Antje Tillmann, und der zuständige Fraktions-Berichterstatte Fritz Güntzler. „Wir brauchen ein Verfahren, das eine schnelle und einfache Berechnung der Bemessungsgrundlage

fachheit: Die hierfür erforderlichen Bodenrichtwerte liegen bereits fast flächendeckend für Deutschland vor. „Die aufwendige und zeitraubende Bewertung der Gebäude fällt also weg“, sagt Ralph Henger, Immobilienökonom am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln. „Der Vorschlag wäre innerhalb weniger Jahre zu verwirklichen und würde in den Behörden Kosten in enormer Höhe sparen.“

Grundsteuer im Vergleich

Steuereinnahme deutscher Gemeinden nach Steuerart (in Mrd. Euro)



* Die Grundsteuer ist eine Steuer auf Grundbesitz, die meist am Wert des Grundstücks bemessen ist. Sie wird von den Gemeinden erhoben.

Für die Jahre 2017 bis 2020 Schätzung auf Basis gemeinsamer Umfrage der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, der Steuerschätzung Mai 2017 sowie Daten aus dem Arbeitskreis Stabilitätsrat.



@Statista_com

Quelle: Deutscher Städtetag

statista

Wie geht es weiter?

Schon nach der Urteilsverkündung deuteten sich schwierige Verhandlungen an. Denn Bund, Länder und Kommunen müssen sich nun unter Zeitdruck einigen, wie die Reform aussehen soll. Bei einem ersten Treffen der Finanzminister von Bund und Ländern im April wurde beschlossen, zunächst verschiedene Modelle zu prüfen. Erklärter politischer Wille ist, dass das Steueraufkommen insgesamt weder steigen noch sinken soll. „Unser Ziel

für die Grundsteuer dauerhaft ermöglicht“, so die MIT-Mitglieder.

Das Bodenwertmodell

Im Wesentlichen stehen drei Modelle zur Diskussion. Beim Bodenwertmodell wird die Grundsteuer in erster Linie oder gar allein auf Basis der Bodenwerte ohne die Gebäude erhoben. Entscheidend wäre dann nicht mehr die Bebauung, sondern nur noch, wie groß und wie viel wert ein Grundstück ist. Ein Vorteil liegt in der Ein-

Henger zufolge belohnt die jetzige Regelung Spekulanten, die auf steigende Grundstückspreise setzen und ihre Grundstücke deshalb nicht bebauen. Gleichzeitig würden Eigentümer mit höheren Steuern bestraft, die ihre Immobilie sanieren und so ihren Wert steigern. Henger: „Bei einer Bodenwertsteuer würden Investitionen am Gebäude nicht mehr zu einer höheren Steuerlast führen. Spekulanten müssten hingegen mehr Grundsteuer zahlen.“ Diesem Modell schließen sich

auch der Naturschutzbund (Nabu) und der Mieterbund an. Es soll jedoch bei dem ersten Treffen der Länderfinanzminister keine große Rolle gespielt haben.

Baden-Württemberg, mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssten. Empfängerländer würden davon profitieren“, gibt Fuest zu bedenken.

den, also dort, wo Werte stark gestiegen sind. Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): „Belastet werden vor allem Be-



Je nachdem, welches Grundsteuermodell sich durchsetzt, kann es für manche deutlich teurer werden.

Das Kostenwertmodell

Im Kostenwertmodell fließen auch Bau- oder Sanierungskosten für die Häuser auf dem Grundstück mit ein. Konkret bewertet das Modell die Grundstücksfläche mit dem Bodenrichtwert und die Gebäudefläche mit dem Kostenwert. Dieser entspricht pauschal den Herstellungskosten, abgezogen wird dann noch die Alterswertminderung. Die Kommunen hätten dabei über ihre Hebesätze Einfluss auf die Höhe der Abgaben. Dieses Modell wurde bereits 2016 von einer Mehrheit der Bundesländer vorgelegt, einzig Bayern und Hamburg stimmten dagegen. Die Nachteile dabei: Vor allem Neubauten würden sehr hoch bewertet. Die Grundsteuer könnte also insgesamt steigen, sofern die Kommunen nicht gegensteuern. Denn ob alle Städte und Gemeinden die Gelegenheit auslassen würden, ihre meist klammen Stadtkassen aufzubessern – ist mehr als fraglich.

Weitere Nachteile sieht Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Instituts. Die Kostenwert-Ermittlung sei kompliziert und werde vermutlich zehn Jahre dauern. „Das Modell würde wohl auch dazu führen, dass wirtschaftlich starke Bundesländer mit hohen Immobilienpreisen, etwa Bayern oder

Das Flächenmodell

Beim Flächenmodell (auch: flächenbezogenes Äquivalenzmodell) spielt vor allem die reine Fläche und weniger der Wert von Grundstücken und Gebäuden eine Rolle. Grundstücksfläche und Gebäudefläche werden pauschal bewertet, eine vollständige Neubewertung wäre nicht nötig. Dieses Modell befürwortet auch die MIT. „Die Fläche als Berechnungsgrundlage ermöglicht eine schnelle, effiziente, transparente und verfassungsfeste Neuregelung der Grundsteuer“, heißt es in einem Beschluss des MIT-Bundesvorstands vom 3. Juli. Das Modell würde ein dauerhaftes Besteuerungssystem gewährleisten, das den Wandel der Zeit und regional unterschiedliche Entwicklungen verkraften kann.

Gewinner und Verlierer

So oder so: Die notwendige Reform dürfte zwangsläufig dazu führen, dass es Gewinner und Verlierer gibt. Zwar betonen alle Politiker, dass die Reform aufkommensneutral sein müsse. Doch irgendwie muss die jahrzehntelang verschlafene Wertentwicklung der Grundstücke berücksichtigt werden. Teurer dürfte es für Hausbesitzer in guten Lagen und teuren Städten wer-

wohner von Eigenheimen in besseren Lagen. Aber auch Geschosswohnungen in attraktiven Innenstadtlagen könnten über die sehr hohen Bodenpreise stärker belastet werden, vor allem, wenn die Grundstücke nicht so intensiv genutzt werden.“ Anders sehe es aus beim günstigen und verdichteten Mietwohnungsbau, vor allem in den Randlagen der Städte. Auf dem Land sind die Grundstückspreise und die Grundsteuerbelastungen zumeist deutlich niedriger, so dass die Reform dort laut Bach keine großen Belastungsverschiebungen auslösen wird. Heißt: Das klassische Einfamilienhaus in der Kleinstadt wird wohl zumindest nicht deutlich stärker belastet. Einen anderen Blickwinkel haben die CDU-Politiker Antje Tillmann und Fritz Güntzler. Sie halten solche Annahmen über Belastungssteigerungen für „reine Spekulation“: „Entscheidend wird letztlich nicht die Ausgestaltung der Bemessungsgrundlage sein, sondern die Höhe der Hebesätze. Diese legt jede Kommune in eigener Verantwortung fest.“ ●



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

NEUES CDU-GRUNDSATZPROGRAMM

Diese MIT-Punkte müssen rein

Mit der Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU ging auch der Beschluss einher, dass die CDU sich ein neues Grundsatzprogramm geben möchte. Damit die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft sich in vielen Politikfeldern wiederfinden, zeigen Mitglieder der MIT-Grundsatzprogrammkommission auf, welche MIT-Punkte in das künftige Programm der CDU einfließen sollen.

Das aktuelle Grundsatzprogramm der CDU ist von 2007 und passt somit nicht mehr in die hoch technologisierte Informationsgesellschaft von heute. In den vergangenen elf Jahren hat sich gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich so viel verändert, dass der Anstoß für ein neues Grundsatzprogramm dringend notwendig war. Die Anliegen der CDU-Mitglieder und auch der Vereinigungen werden bei dem Prozess, ein neues Programm zu entwickeln, von Beginn an mit einbezogen. Denn für die CDU geht es zunächst einmal ums Zuhören – so auch bei der Zuhör-Tour von Annegret Kramp-Karrenbauer, die sie jüngst abschloss. Damit sich auch die Punkte der MIT im Kontext der Sozialen Marktwirtschaft im neuen Grundsatzprogramm der CDU wiederfinden, haben fünf Mitglieder der MIT-Grundsatzprogrammkommission die wichtigsten Forderungen zusammengetragen. Das Grundsatzprogramm der MIT wurde unter dem Titel „Der Kompass: Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“ im September 2017 in Nürnberg beschlossen.





Subsidiarität als Leitmaxime

Dr. Thomas Köster, Vorsitzender der MIT-Grundsatzprogrammkommission

Subsidiarität ist das Leitbild einer Sozialphilosophie, die den einzelnen Menschen zum Maßstab nimmt. Diese Sozialphilosophie ist von der Sympathie für die kleinen Einheiten mit menschlichem Maß geprägt. Sie setzt auf die Familie, auf die Nachbarschaft, auf das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen, auf den Ort und die Gemeinde, auf die Region und die große Fülle mittelständischer Betriebe überall in Europa. Eine Ordnung von Recht, Wirtschaft und Gesellschaft gemäß dieser Sozialphilosophie wächst von unten nach oben. Aus unserer Sicht birgt Subsidiarität ungeheure Potenziale. Das verstreute und versteckte Wissen in den dezentralen Einheiten des Mittelstandes wird genutzt und führt zu Wachstum und Wohlstand. Das ist exakt die Sozialphilosophie des menschlichen Maßes, die uns die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft ans Herz gelegt haben. Deshalb ist Subsidiarität die Leitmaxime unseres MIT-Grundsatzprogramms und sollte sich daher auch im neuen Grundsatzprogramm der CDU wiederfinden.



Erfolgreichen Fortbestand der EU sichern

Marco Reuter, Vorsitzender der MIT Hessen

Unser MIT-Grundsatzprogramm schafft, woran es in der europapolitischen Debatte mangelt: klare Leitplanken der Sozialen Marktwirtschaft, die den erfolgreichen Fortbestand der EU zu sichern vermögen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Subsidiarität und föderale Ordnung mit starken unteren Ebenen und trennscharfen Verantwortlichkeiten Grundlage jeder weiteren Integration sein müssen. (Rück-)Verlagerungen von Kompetenzen müssen dabei zum Reformprozess gehören. Außerdem sind wir davon überzeugt, dass eine robuste Stabilitätskultur mit wasserdichtem „Bail-out“-Verbot (Verbot einer Schulden- oder Tilgungsübernahme) und einer Staateninsolvenzordnung Kern des Euro werden muss. Auch die Stabilität des Binnenmarktes ist uns wichtig: Ökonomischer und politischer Wettbewerb um die besten Lösungen sind unverzichtbare Grundlage des Binnenmarktes. Seine Regulierung muss dezentral, verhältnismäßig und mittelstandsverträglich erfolgen. Aktuelle Regelungen wie die Datenschutzgrundverordnung oder die Entsenderichtlinie würden da durchs Raster fallen. Europäische Solidarität ist ebenfalls Teil unseres Grundsatzprogramms und sollte in das der CDU einfließen. Eigenverantwortung schließt eine Transferunion zur Finanzierung nationaler Sozialversicherungssysteme aus. Solidarität drückt sich in zweckgebundenen Strukturhilfen zur Selbsthilfe aus.



Reform des Steuerrechts

Dr. Philipp Steinwälder, Beisitzer im MIT-Bundesvorstand

Eine grundlegende Reform des Steuerrechts zählt zu den wichtigsten ordnungspolitischen Aufgaben bei der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft: Wir fordern, das Steuerrecht deutlich zu vereinfachen, damit es für den durchschnittlichen Steuerzahler wieder durchschaubar und für die Finanzämter gleichmäßig vollziehbar wird. Wir wollen die Steuerbelastung der Bevölkerung senken. Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer greift bisher viel zu früh. Wir wollen deshalb erreichen, dass sich der Abstand zu dem Durchschnittseinkommen deutlich vergrößert. Außerdem wollen wir keine „kalten Steuererhöhungen“ mehr zulassen, sondern gesetzlich vorschreiben, dass die progressiven Tarife der Ertragsteuern regelmäßig an die Geldentwertung angepasst werden müssen („Tarif auf Rädern“). Substanzsteuern lehnen wir weiterhin strikt ab. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Einkommensarten und alle Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform gleich hoch besteuert werden.



Ordnungspolitische Wende in der Energiepolitik

*Henning Aretz,
Beisitzer im MIT-Bundesvorstand,
Co-Vorsitzender der MIT-Kommission
Energie, Umwelt, Verkehr und Bau*

Sichere und bezahlbare Energie ist Voraussetzung erfolgreichen Wirtschaftens, gerade in rohstoffarmen Ländern wie Deutschland. Nach der Energiewende 2011 sind die drei Oberziele – Umwelt- und Klimaschutz, Versorgungssicherheit sowie Preisgünstigkeit – neu zu justieren. Für die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft brauchen wir eine höhere Netzstabilität. Sie wird durch das seit 2000 dynamisch gewachsene, besonders teure Fördersystem für Erneuerbare Energien (EE) gefährdet. Die auch auf den Druck der MIT eingeführten Ausschreibungen für neue EE-Anlagen haben zu eindrucksvollen Kostensenkungen geführt. Wir brauchen auf dem Energiemarkt dauerhaft zweierlei: echte Preissignale für alle Akteure und eine Europatauglichkeit der Fördersysteme.



Deutschland braucht neue Innovationsdynamik

*Helmut Klapheck, Landesgeschäftsführer
der MIT Rheinland-Pfalz*

Unser Land verfügt über viele leistungsfähige Hochschulen, Forschungsinstitute und innovative Unternehmen. Dennoch zeigt Deutschland gegenüber dynamischeren Ländern Innovationschwächen. Schuld ist ein Meinungsklima voller Ängste und Ablehnung gegenüber vielen Technologien, die pauschal dämonisiert werden. Die MIT will keine defensive, sondern eine für Neuerungen aufgeschlossene Gesellschaft mit rationaler Bewertung von Chancen und Risiken als Querschnittsaufgabe für alle Akteure in Wirtschaft, Bildung, Kultur, Politik und Verwaltung. Die MIT will starke Forschungs- und Wertschöpfungsverbünde zur Führung in Schlüsseltechnologien. Das muss als „Mittelstand 4.0“ Unternehmen unterschiedlichster Größe einbeziehen. So fordert die Digitalisierung alle Wirtschaftsbranchen, aber auch Staat und Verwaltung heraus. Wir wollen Startups zur Unternehmensgründung ermutigen, um Innovationen voranzutreiben. Der Staat muss dafür vorrangig den wettbewerbspolitischen Rahmen verbessern. Das ist wichtiger als kleinteilige Subventionsprogramme.

Das MIT-Grundsatzprogramm

Das MIT-Grundsatzprogramm „Der Kompass: Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“ können Sie online unter www.mit-bund.de/mit-shop für 4,- Euro bestellen. Alternativ können Sie sich das Grundsatzprogramm auch als PDF-Datei auf www.mit-bund.de/mit-grundsatzprogramm herunterladen.



Der Weg zum CDU-Grundsatzprogramm



Die Anliegen der CDU-Mitglieder werden aufgenommen und in Leitfragen zusammengefasst.



In Programmklausuren und öffentlichen Debatten entsteht ein erster Entwurf des Grundsatzprogramms.



Der Entwurf wird mit den CDU-Mitgliedern diskutiert und ein Parteitag beschließt das Grundsatzprogramm.

PRO & CONTRA

Sollte sich die Bundesregierung für ein gemeinsames Eurozonen-Budget einsetzen?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.



Uwe Feiler (52) ist Landesvorsitzender der MIT Brandenburg. Er ist im Deutschen Bundestag Mitglied des Finanzausschusses und des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union.

Eurozonen-Budget kann Deutschland nutzen

Angela Merkel und Emmanuel Macron haben sich auf einen ganzen Katalog an Maßnahmen verständigt, die eine vertiefte Zusammenarbeit der Euro-Mitgliedsstaaten eröffnen sollen. Das Eurozonen-Budget bildet damit nur einen Teilaspekt möglicher Instrumente ab. Während erste Stimmen den Vorschlag sofort in Grund und Boden verdammt, lohnt sich für den unvoreingenommenen Betrachter ein Blick in die Beschlüsse:

Die Finanz- und Staatsschuldenkrise brachte uns zu der schmerzlichen Erkenntnis, dass dem gemeinsamen Währungsraum auch eine verstärkte gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik folgen müsse, um derartige Krisen zukünftig zu verhindern. Dafür kann das Eurozonen-Budget einen Beitrag leisten – nicht mehr und nicht weniger. Als größte Volkswirtschaft Europas hat Deutschland ein großes Eigeninteresse daran, dass unsere Partner in Europa auf finanziell und wirtschaftlich stabilen Füßen stehen, um deutsche Waren und Dienstleistungen beziehen und vor allem auch bezahlen zu können.

Das Eurozonen-Budget wird weder den Weg in die von Deutschland zu Recht abgelehnte Transferunion ebnen, noch der EU-Kommission einen von

Deutschland finanzierten Schattenhaushalt zur Verfügung stellen, um klamme EU-Staaten zu subventionieren. Beides hat Kanzlerin Merkel direkt zu Beginn der Debatte deutlich gemacht.

Vielmehr soll das Budget ganz regulärer Bestandteil des sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmens der EU werden und aus nationalen Beiträgen, zugewiesenen Steuereinnahmen und europäischen Mitteln gespeist werden. Eine gemeinsame Finanztransaktionssteuer, wie sie Deutschland und

Frankreich anstreben, könnte genauso wie die einheitliche Besteuerung der Digitalwirtschaft und die Einnahmen einer gemeinsamen Körperschaftsbemessungsgrundlage in die

Finanzierung des Budgets einfließen. Daraus sollen (neue) Investitionen in Innovationen realisiert werden, die die Wettbewerbsfähigkeit der Eurozonen-Länder fördern oder Staaten stabilisieren, die von „schweren Schocks“ betroffen sind. Gerade bei der Definition der Schocks werden wir im Deutschen Bundestag wachsam sein, um sicherzustellen, dass nicht jeder nichtige Anlass zum schweren Schock hochstilisiert werden kann. Dann kann das Eurozonen-Budget auch für Deutschland ein Gewinn sein!

PRO

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron haben im Juni erste Vorschläge für eine EU-Reform vorgelegt. Eine Idee ist es, ein eigenes Budget für die Euro-Zone ab dem Jahr 2021 zu schaffen. Wir fragen zwei unserer Mitglieder nach ihrer Meinung dazu.

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Spaltung der EU-Staaten droht

Die Idee eines Eurozonen-Haushalts ist aktuell wenig ausgereift und gleicht einem Wunschkonzert. Niemand hat bisher plausibel erklären können, wozu wir einen eigenen Eurozonenhaushalt brauchen, wie er sich finanziert und wie falsche Anreize vermieden werden. In diesem Sinne sind die deutsch-französischen Pläne schemenhaft. Konkrete Vorschläge sollen erst im Dezember nachgeliefert werden. Ziel ist es, mit dem Budget zum einen die Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Annäherung der Euro-Staaten zu fördern und zum anderen einen Stabilisierungsfonds für Krisenzeiten einzurichten. Aber:

(1) Zur Förderung der wirtschaftlichen Angleichung sowie für strategische Investitionen stehen bereits heute Kohäsionsfonds und der Europäische Fonds für strategische Investitionen zur Verfügung. Hinter dem Vorschlag versteckt sich die Idee, umstrittene Strukturreformen wie die des französischen Arbeitsmarkts mit Mitteln der EU zu fördern bzw. zu versüßen. Für die betroffene Bevölkerung wird die Umsetzung von Reformen durch eine Finanzspritze der Europäischen Union wohl kaum einfacher.

(2) Im Zuge der Finanzkrise gab es einen gewaltigen Einbruch des Brutto-

inlandsprodukts. Um den Abschwung der Wirtschaft abzufedern, steht die Idee eines Stabilisierungsmechanismus in Gestalt einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung im Raum. Für eine glaubwürdige und nachhaltige Abfederung von Schocks, die die ganze Eurozone abdeckt, bedarf es jedoch des Drei- bis Vierfachen des aktuellen EU-Haushalts. Selbst zur Abfederung von Schocks eines einzelnen Eurostaats wie Italien werden beträchtliche Mittel benötigt. Bei den derartigen Arbeits-

losenzahlen, dem erheblichen Lohngefälle in Europa und wenn nicht einmal klar ist, unter welchen Voraussetzungen die Versicherung ausgezahlt wird, ist eine EU-Arbeitslosenversicherung der Startschuss für einen permanenten Umverteilungsmechanismus.

Ich meine, durch einen eigenen Eurozonen-Haushalt droht vielmehr die Spaltung zwischen Euro- und Nicht-Eurostaaten. Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise brauchen wir gerade jetzt Geschlossenheit in Europa. Wenn selbst innerhalb der Eurozone 12 der 19 Eurostaaten die Idee eines Eurozonen-Haushalts ablehnen, sollte auch die Bundesregierung sich von ihrem Willkommensgeschenk für Macron verabschieden. ●

CONTRA



Markus Ferber (53) ist Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand. Zudem ist er Co-Vorsitzender der MIT-Europakommission.



Der Ford Tourneo Connect vereint einfache Bedienung mit viel Stauraum für einen fairen Preis.



AUTOTEST: FORD TOURNEO CONNECT

Zuverlässig, viel Platz und übersichtlich

Der Ford Tourneo Connect bietet viel Platz für Transporte und punktet als Familienvan.

Die Zielgruppen des Ford Tourneo Connect sind Familien, Handwerker oder auch jene, die für ihre Hobbys Gegenstände transportieren müssen. Der Wagen ist vor allem eins: praktisch. Er bietet eine großzügige Ladefläche im Kofferraum und auch die Sitzbank lässt sich problemlos umklappen, um sperrige Gegenstände zu transportieren. Die Innenausstattung ist schlicht und zweckmäßig. Nicht viel Schnickschnack, dafür lässt sich alles intuitiv bedienen. Sehr hilfreich ist die Rückfahrkamera, die beim Einparken des Wagens unterstützt. Aber auch ohne die Kamera lässt sich der Ford dank seiner Übersichtlichkeit gut manövrieren. Besonders praktisch sind bei Transporten die serienmäßig einge-

bauten Schiebetüren. Der Hochdachkombi scheint darauf ausgelegt, vor allem zuverlässig zu funktionieren. Mit 100 PS lässt er sich gut auf der Autobahn fahren und wird auch ab einer Geschwindigkeit von über 130 km/h nicht zu laut. Wenn man auf Extras verzichtet, dann beginnt die Basisausstattung bereits bei familienfreundlichen 18.880 Euro.

Fazit

Der Ford Tourneo Connect schließt die Lücke zwischen Nutzfahrzeug und Familienkombi. Für alle, die viel transportieren müssen und sich auf ein Fahrzeug verlassen möchten, ist er die richtige Wahl.

Mittelstandsmagazin-Bewertung

Familien-Faktor:	★★★★★ (5,0)
Komfort-Faktor:	★★★★☆ (3,0)
Bedien-Faktor:	★★★★☆ (4,0)
Spaß-Faktor:	★★★★☆ (3,0)
Wow-Faktor:	★★★☆☆ (2,5)
Preis-Leistung:	★★★★☆ (4,0)

Fahrzeugdaten des Testautos (Herstellerangaben)

Motor	Benzin
Hubraum	998 cm ³
Leistung	74 kW (100 PS)
Abmessungen	L 4,42 x B 2,14 x H 1,85
Leergewicht	1.492 kg
Zul. Gesamtgewicht	2.000 kg
Höchstgeschwindigkeit	165 km/h
Preis inkl. MwSt.	26.128,00 € (mit Sonderausstattung) (günstigste Variante: 18.880 €)

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... ich meine Erfahrung aus dem Geschäftsleben in die Politik einbringen möchte, um meinen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands zu leisten.“



Florian Wehner

Geschäftsführer,
MIT Fulda

... die MIT genau weiß, wo dem Mittelstand der Schuh drückt und ihm eine starke Stimme verleiht.“



Iris Bethge

Hauptgeschäftsführerin des VÖB,
MIT Berlin-Mitte

... ich die Zukunft des deutschen Mittelstandes im Zeitalter der Digitalisierung aktiv mitgestalten möchte.“



Daniel Rietenbach

Elektrotechnikermeister,
MIT Odenwaldkreis

Florian Wehner (27) ist Geschäftsführer eines Familienunternehmens. Nach dem Abschluss eines BWL-Studiums in Dresden arbeitete er zwei Jahre lang in Kanada. Dort war er in der Öl- und Gasindustrie im Bereich Investor Relations und in der Unternehmensstrategie tätig. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland trat er in das familieneigene Unternehmen ein und baut seitdem den zuvor auf Vermietung von Wohn- und Geschäftsräumen spezialisierten Betrieb zu einem Betreiber von Solarkraftwerken aus. In der künftig stärker wachsenden dezentralen Energieversorgung und der E-Mobilität sieht Wehner langfristige Chancen. Zudem engagiert er sich kommunalpolitisch in der CDU und als stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union im Kreisverband Fulda.

Iris Bethge (48) ist seit 2017 Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB). Von 1999 bis 2003 war Iris Bethge als Journalistin beim Isenha gener Kreisblatt tätig. Anschließend wechselte sie als Pressesprecherin von Ursula von der Leyen (CDU) und Referatsleiterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.

2005 übernahm Bethge diese Funktionen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Im Jahr 2007 führte sie zusätzlich den Leitungstab mit den Referaten Öffentlichkeitsarbeit, Ministerbüro, Kabinetts- und Parlamentsangelegenheiten. 2009 folgte der Wechsel in die Geschäftsführung des Bundesverbandes Deutscher Banken.

Daniel Rietenbach (29) ist Elektrotechnikermeister in einem mittelständischen Handwerksbetrieb im Odenwald. Mit 16 Jahren begann er eine Lehre zum Elektroniker für Betriebstechnik. Anschließend besuchte er die Abendschule, um seinen Meister im Elektrotechnik-Handwerk zu erlangen. Vor drei Jahren trat er dem Gesellenprüfungsausschuss bei. Seine berufliche Laufbahn würde er gerne mit einem Studium erweitern, weshalb er sich für ein Studium im Bereich Energiewirtschaft beworben hat. Ehrenamtlich engagiert er sich im Vorstand der CDU Brensbach, im CDU-Kreisvorstand, als Vorsitzender des JU-Flächenverbands Gersprenztal und neuerdings als Mitglied des MIT-Bezirksvorstands Südhessen. Parallel absolviert er ein Nachwuchsförderprogramm der CDU und JU Hessen.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.

Handelsabkommen mit Japan ein Erfolg

Die EU und Japan sind gemeinsam für ein Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung verantwortlich. Das kürzlich unterzeichnete Abkommen steigert die gegenseitigen Exporte weiter. Denn internationale Standards von Produkten werden garantiert. Die lästigen zweifachen Tests und Zertifizierungen fallen somit weg. Davon profitieren insbesondere die Automobil- und deren Abnehmerunternehmen wie der Maschinenbau. Neben der Industrie sind die Pharma- und Agrarbranche die großen Profiteure. Japan belegt Lebensmittel aus der EU derzeit mit hohen Zöllen. Gerechnet wird mit einer Steigerung der Ausfuhren von Lebensmittelerzeugnissen von bis zu 180 Prozent beziehungsweise 10 Milliarden Euro. Für das Inkrafttreten muss das Europäische Parlament dem Abkommen noch zustimmen.

Debatte um Tachografenpflicht geht weiter

Die Verordnung zu Lenk- und Ruhezeiten regelt unter anderem Höchstfahrzeiten im Transportbereich. Kontrolliert werden diese Zeiten mit einem Tachografen. Aktuell wird nur bei Nutzfahrzeugen mit mehr als 3,5 Tonnen Gewicht gemessen. Viele Betriebe, besonders Handwerker, fahren mit leichteren Transportern. Deshalb wurde überlegt, international fahrende Kleinfahrzeuge, die über 2,4 Tonnen wiegen, ebenfalls zu regulieren. Handwerker hätten dann ebenfalls einen Tachografen in ihre Kleintreiber einbauen müssen, würden sie über 100 Kilometer und grenzüberschreitend fahren. Die CSU/CSU-Gruppe hatte erfolgreich eine Ausnahme für das Handwerk durchgesetzt. Aufgrund anderer strittiger Themen wird das Dossier jedoch vollständig neu verhandelt.



Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Doppelverbeitragung abschaffen

Die MIT macht sich seit langem für ein Ende der Doppelverbeitragung bei der betrieblichen Altersvorsorge stark. Dadurch, dass Betriebsrenten sowohl in der Ansparphase als auch in der Auszahlphase mit Sozialversicherungsbeiträgen belegt werden, verliert das Modell an Attraktivität. In einem unbürokratischen und für die Kassen auch finanzierbaren Verfahren sollen die Abzüge für Betriebsrentner nun spürbar gesenkt werden. Ein entsprechender Antrag soll auf den Parteitag von CDU und CSU beraten werden. Konkret sieht der Antrag vor, dass auf Betriebsrenten zukünftig nur noch der halbe Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung (Arbeitnehmeranteil) gezahlt wird. Zudem soll die Freibetrag umgewandelt werden. Nach dem Modell würde jemand, der 400 Euro Betriebsrente bekommt, um 50 Euro entlastet. Unterstützung für den MIT-Vorstoß äußerten neben der SPD auch Politiker anderer Parteien.

Schiffahrt mit jungen MIT-Interessierten

Im vergangenen Jahr hat die MIT-Bundesgeschäftsstelle auf dem Deutschlandtag der Jungen Union (JU) ein Gewinnspiel ausgerichtet. Im Juni durften sich die Gewinner nun über eine exklusive Schiffahrt über die Spree in Berlin freuen. Die Fahrt wurde von MIT-Mitglied Lutz Freise, Geschäftsführer der Reederei Riedel, gesponsert. Die Jugendlichen zeigten im Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann viel Interesse an der MIT und ihren Zielen.



Antragsberatungen im Bundesvorstand

Der MIT-Bundesvorstand hat in seiner Juli-Sitzung eine Reihe politischer Beschlüsse auf den Weg gebracht. Vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Reform der Grundsteuer spricht sich der Vorstand für eine Regelung aus, die auf eine vollständige Neubewertung verzichtet. Die Fläche als Berechnungsgrundlage ermögliche eine schnelle, effiziente, transparente und verfassungsfeste Neuregelung der Grundsteuer (siehe auch S. 22/23).

In einem weiteren Beschluss wird die schnellstmögliche Umsetzung der im Kapitel „Digitalisierung“ des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD angekündigten Verbesserungen für Mittelstand und Startups gefordert. Diese erleichtern die Anwendung der Datenschutzstandards. Dabei soll der Spielraum für Innovationen und digitale Geschäftsmodelle im Kontext neuer Datenschutzverordnungen auf EU-Ebene erhalten werden.

Den EU-Vorstoß, durch Einheitsstandards die deutschen Qualitätsstandards im Gesundheitswesen zu gefährden, lehnt die MIT ab. Als Folge würden bewährte Versorgungsstrukturen durch EU-Vorgaben gesteuert. Weiterhin fordert die MIT, dass für die Anerkennung von Berufsabschlüssen in den Heilberufen aus Drittstaaten ausschließlich Patientenschutz und Qualitätssicherung maßgeblich sein müssen.

Auf Antrag der neu eingerichteten Landwirtschaftskommission macht sich die MIT für die Einrichtung eines „Experimentierfeld Digitaler Bürokratieabbau“ in der Landwirtschaft sowie eine entsprechende Schwerpunktsetzung in dem geplanten Kompetenzzentrum stark. Ziel der Einrichtung ist es, landwirtschaftliche Betriebe von unproduktiver Bürokratiebelastung zu befreien.

In weiteren Beschlüssen spricht sich die MIT gegen eine Anzeigepflicht für rein nationale Steuergestaltungen, für eine Umsetzung des MIT-Steuerkonzepts von 2016 noch in dieser Legislaturperiode und einen Zehn-Punkte-Plan für eine Unternehmensteuerreform (siehe Seite 34) aus.



Rückkehr der Meisterpflicht?

Die MIT bekommt immer mehr Zustimmung für ihren Kampf für eine Wiedereinführung der Meisterpflicht. Inzwischen hat sich auch die SPD hinter die MIT-Pläne gestellt. Eine Gesetzesinitiative zur Rückkehr der Meisterpflicht könnte schon 2019 starten, weil die Abschaffung sich inzwischen als Fehler erwiesen hat. „Die Qualität der Arbeit hat sich in diesen Gewerken teilweise deutlich verschlechtert, außerdem wird weniger Nachwuchs ausgebildet“, so MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann.

Mittelstandsmagazin im „Focus“

In der vergangenen Ausgabe haben wir an dieser Stelle über unsere Forderung nach einer stärkeren Senkung der Arbeitslosenbeiträge berichtet. Dieser Forderung hatte sich neben der CSU und dem Parlamentskreis Mittelstand der Unionfraktion auch CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer im Interview angeschlossen. Dazu berichtet der „Focus“:

Bei ihrem Drängeln betrachten die Wirtschaftspolitiker CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer als ihre Mitstreiterin. Denn die kündigt im neuen „Mittelstandsmagazin“ an: „Wir werden angesichts der positiven Haushaltsentwicklung als CDU auch im Blick behalten, ob weitere Entlastungen als bislang vereinbart möglich sind.“ Sie sehe zum Beispiel Spielräume beim Arbeitslosenversicherungsbeitrag oder bei der steuerlichen Entlastung.

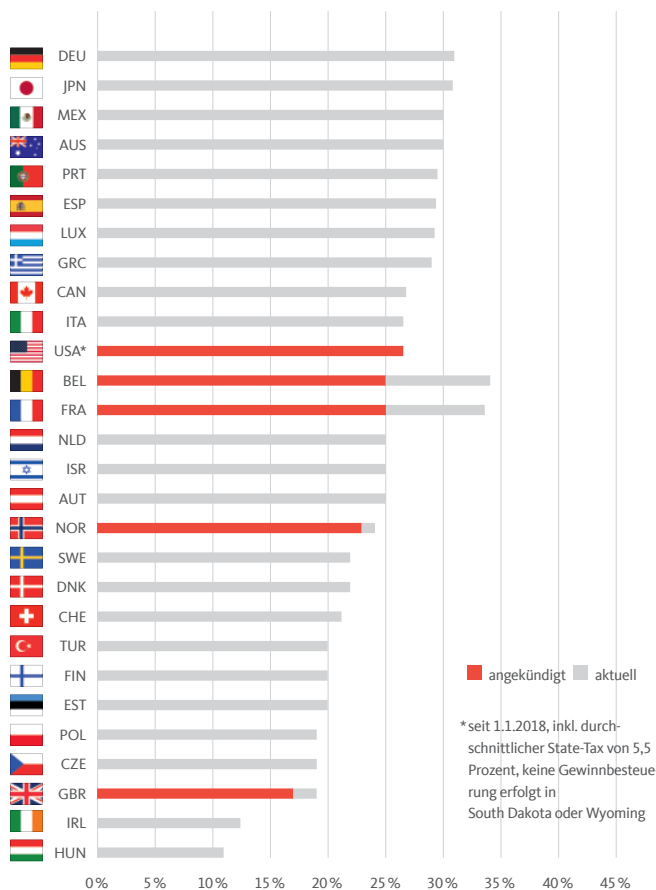
Inzwischen wurde bekannt, dass die Milliardenrücklagen sogar Geld kosten – weil die Kassen Negativzinsen dafür zahlen müssen. MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann: „Das ist der Preis für den Umstand, dass der Staat wie eine Sparkasse arbeitet und Geld ansammelt, was eigentlich den Beitragszahlern gehört.“ Die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit dürften bis Ende 2018 rund 22,5 Milliarden Euro erreichen. Nach diesem Stand wäre sogar eine Senkung um 0,6 bis 0,7 Punkte ab 1.1.2019 möglich und dringend erforderlich.

MIT fordert Steuerreform für Unternehmen

Deutschland ist für Arbeitnehmer wie -geber ein teures Pflaster. Die Steuersätze sind im internationalen Vergleich hoch und der Wettbewerb mit anderen Industriestaaten wird zunehmend schärfer. Der MIT-Bundesvorstand fordert daher in einem Zehn-Punkte-Plan eine grundlegende Neuordnung des Unternehmensteuerrechts in Deutschland. So strebt die MIT bei der Steuerlast einen Körperschaftsteuersatz von zehn Prozent an, die gesamte Belastung soll inklusive Gewerbesteuer nicht höher als 25 Prozent liegen. Weiterhin spricht sich die MIT gegen eine Sondersteuer für die digitale Wirtschaft, für eine Modifizierung der Gewerbesteuer als Zuschlagsteuer und eine Anpassung des steuerlichen Zinssatzes an die Niedrigzinsphase aus. Steuerliche Belastungen durch den Brexit sollen vermieden, die Verlustverrechnung erleichtert, Forschung und Digitalisierung steuerlich gefördert, Besteuerungsverfahren digitalisiert, das Konzernsteuerrecht modernisiert und die Hinzurechnung von Auslandseinkünften neu geregelt werden. Der 10-Punkte-Plan ist online abrufbar unter: www.mit-bund.de/beschluesse

Die neue Landschaft der Gewinnbesteuerung

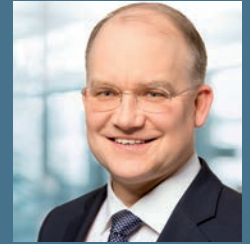
Gewinnbesteuerung in ausgewählten Ländern und angekündigte Änderungen bei der Gewinnbesteuerung



3 Fragen an ...

Sebastian Brehm

CSU-Bundestagsabgeordneter und Co-Vorsitzender der MIT-Steuerkommission



Warum wird das Thema gerade jetzt platziert?

Jetzt ist die richtige Zeit für eine Unternehmenssteuerreform. Wir müssen das Momentum und die konjunkturell gute Lage nutzen. Deutschlands Position hat sich im internationalen Steuervergleich langsam aber stetig verändert. Heute tragen unsere Unternehmen eine deutlich größere Steuerlast als in den meisten G-20 Staaten und bei unseren europäischen Nachbarn. Deshalb müssen wir jetzt handeln und dafür sorgen, dass der Standort Deutschland konkurrenzfähig bleibt.

Was sind die dringendsten Baustellen?

Derzeit wird die „Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage“ zwischen Frankreich und Deutschland intensiv diskutiert. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, dass es in Frankreich die Gewerbesteuer in der Form, wie wir sie kennen, gar nicht gibt. Einzig eine gleiche Körperschaftsteuerbelastung würde also zu einem Nachteil für deutsche Unternehmen führen. Deshalb muss man hier weiter denken, insbesondere für unseren Mittelstand, der deutlich entlastet werden muss. Hier sind Fragen wie die Anrechnung der Gewerbesteuer als abzugsfähige Betriebsausgabe oder die Minderung oder Abschaffung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen von größerer Bedeutung. Zudem muss es zu einer deutlichen Verminderung der Bürokratie kommen.

Die SPD blockiert. Hat das Konzept eine Chance?

Es muss möglich sein, mit unserem Koalitionspartner jederzeit über gute Ideen sprechen zu können, vor allem wenn die Ideen den Arbeitnehmern zu gute kommen. Das ist bei unserem Konzept absolut der Fall. Darüber hinaus haben wir uns im Koalitionsvertrag ausdrücklich darauf geeinigt, Bemühungen für eine gerechte Besteuerung der Unternehmen zu unterstützen. Deshalb werden wir in die notwendigen Gespräche eintreten und versuchen, ein gutes Ergebnis zu erzielen.

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.07.2018)

Vechta
(Niedersachsen)
846 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Werner Lübbe

Fulda
(Hessen)
557 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Jürgen Diener

Paderborn
(Nordrhein-Westfalen)
549 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Ulrich Lange

Rhein-Kreis-Neuss
(Nordrhein-Westfalen)
480 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Stefan Arcularius

Rhein-Sieg-Kreis
(Nordrhein-Westfalen)
428 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Andreas Stolze

Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (30.04.2018 – 31.07.2018)



15 **Dithmarschen** (Schleswig-Holstein)
15 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Bernd Wilke

8 **Hannover-Land** (Niedersachsen)
8 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Sven Jagata

6 **Meppen** (Niedersachsen)
6 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Günter Reisner

5 **Unterallgäu** (Bayern)
5 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Helge Pramschüfer

13 **Bamberg-Land** (Bayern)
13 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Karl-Heinz Wagner

Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (30.04.2018 – 31.07.2018)

+125 %
Dithmarschen (Schleswig-Holstein)
Kreisvorsitz: Bernd Wilke

+42 %
Bamberg-Land (Bayern)
Kreisvorsitz: Karl-Heinz Wagner

+4 %
Hannover-Land (Niedersachsen)
Kreisvorsitz: Sven Jagata

+19 %
Unterallgäu (Bayern)
Kreisvorsitz: Helge Pramschüfer

+2 %
Meppen (Niedersachsen)
Kreisvorsitz: Günter Reisner



It's now or never.

Wie werde ich zum Gewinner in der digitalen Welt?

Heute managen Sie Ihre komplette Buchhaltung smart, morgen Ihren ganzen Betrieb. **Träumen Sie groß. Planen Sie mittelfristig. Aber starten Sie gleich.**

www.lexware.de



LEXWARE

Einfach machen